

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 6. September 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Nur die Sozialdemokratie kann uns retten!

Die Gewerkschaften sind keine politische Partei. Dennoch treiben sie Sozial- und Wirtschaftspolitik, weil sie sonst ihre Aufgabe, die soziale Lage der Arbeiterklasse zu heben, nicht erfüllen können. Ihr ganzes Lebensinteresse erfordert es, daß sie sich für die Erhaltung der demokratischen Republik einsetzen. Wir haben das erst wieder in Nr. 32 der „Gewerkschaft“ nachgewiesen. Trotzdem betätigen sich die Gewerkschaften nicht parlamentarisch. Fragen der Sozial- und der Wirtschaftspolitik, vor allem aber die der Verfassung werden in erster Linie in den Parlamenten gelöst. Auch das veranlaßt die Gewerkschaften nicht, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen. Sie können sich parteipolitisch und parlamentarisch nicht betätigen, weil ihre Aufgabenerfüllung und ihre Kampfmittel außerhalb des Parlaments liegen. Die politische Erfüllung ihrer Forderungen suchen sie daher durch Eingaben und Anträge an die Regierungen und Parlamente zu erreichen. Natürlich sehen sich die Gewerkschaften auch die Parteien und Personen an, die im Reichstage, in den Landtagen und sonstigen parlamentarischen Körperschaften sich ihrer Forderungen annehmen und diese verschärfen. Da zeigte es sich von jeher, daß die zuverlässigste Partei für die Gewerkschaften immer wieder die Sozialdemokratie ist, schon allein deshalb, weil Sozialdemokratie und Gewerkschaften in ihren Zielen in der weitest gehenden Weise übereinstimmen und weltanschaulich miteinander verbunden sind.

Um das unbedingt notwendige Eigenleben führen zu können, müssen die Gewerkschaften unabhängig von jeder Partei sein. Darauf haben sie stets geachtet und darum nennen sie sich auch freie Gewerkschaften. Diese politische Freiheit hat die Sozialdemokratie immer respektiert. Anders die Nationalsozialisten. Anders aber auch die KPD., die Abplitterung von der Sozialdemokratie. Diese hat jahrelang alle Mittel angewandt, um die Gewerkschaften zu unterjochen und ihrem Parteiapparat dienstbar zu machen. Weil ihr das nicht gelang, ist sie immer gewerkschaftsfeindlicher geworden und versucht nun immer wieder aufs neue, die Gewerkschaften zu zerschlagen, um sich wenigstens die Trümmer dienstbar zu machen. Parlamentarisch hat sie sich zudem für die Gewerkschaften meist sehr unzuverlässig erwiesen. Die Kommunisten brauchen sich deshalb nicht zu wundern, wenn das Verhältnis der Gewerkschaften zu der SPD. immer inniger wird.

Was steht nun auf dem Spiel? Die bürgerlichen Parteien alleamt sind den freien Gewerkschaften feindlich gesinnt. Sie stehen ihren Bestrebungen ablehnend gegenüber und bewilligen ihre Forderungen nur, wenn die Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sie dazu zwingt. Dazu reichen die Kräfte der beiden aber bisher nicht immer aus. Die bürgerlichen Parteien haben, um ihre reaktionären und plutokratischen Gelüste zu befriedigen, bereits zweimal einen Bürgerblock gebildet. In beiden Bürgerblöcken hatte

und hat das Zentrum durch die Reichskanzler Marx und Brüning die Führung. Während der Herrschaft des ersten dirigierten die Finanzpolitik des Reiches die Minister Reinhold (Demokrat) und Köhler (Zentrum). Die relativ günstigen Reichsfinanzen nach der Inflation und dem Inkrafttreten des Dawes-Plans wurden durch Hauptschuld dieser Herren zerrüttet, zumal Herr Reinhold mit Absicht Finanzpolitik „hart am Rande des Defizits vorbei“ trieb. So kam es, daß mit Abbau der Besitzsteuern, Steigerung der Reichswehrausgaben und Steigerung der Dawes-Lasten die Reichsfinanzen in Unordnung geraten mußten. Der Marx'sche Bürgerblock wurde durch die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 hinweggefegt. Die neue Regierung Müller-Hilferding versuchte nun alles, das Reich vor dem Ruin zu bewahren und zu einer gesunden Finanzwirtschaft zu kommen. Aber diese Politik verlangte auch Opfer von den Kapitalisten, wofür die Geldsackparteien aller Schattierungen aber niemals zu haben sind. Der Finanzminister Hilferding wurde gestürzt und bald darauf das ganze Kabinett Müller. An seine Stelle trat der Brüning'sche Bürgerblock. Dessen Regierungs„kunst“ vermochte bisher nicht dem Reich gesunde Finanzverhältnisse zu schaffen, die durch die Verminderung der Reparationslasten durch den Young-Plan möglich gewesen wären. Anstatt Lasten von den vermögenden Kreisen zu fordern, sollte das Reich durch Abbau der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung und durch Steuern auf die heillosen Schultern vor dem Chaos bewahrt werden. Da der Bürgerblockregierung das nicht auf parlamentarischem Wege gelang, wurde der Reichstag nach Hause geschickt und die Diktatur errichtet. Die verfassungswidrige Anwendung des Artikels 48 richtet sich nicht gegen die störrischen, in ihrer Steuerverweigerung vaterlandsfeindlichen Geldsackprozen, sondern gegen die Kranken und die arbeitslosen Proletarier, gegen die kinderreichen Arbeiterfamilien.

Auf dem Spiele steht durch den Abbau der Krankenversicherung in erschreckender Weise die Gesundheit des arbeitenden Volkes; durch Arbeitslosigkeit, Abbau der Arbeitslosenversicherung und vermehrte Steuerbelastung ist eine weitere starke Verelendung des Volkes zu befürchten und durch den Bruch der Verfassung steht die Freiheit des Volkes bedenklich auf dem Spiel.

Dem können die Gewerkschaften nicht tatenlos zusehen. Da sie sich parlamentarisch nicht betätigen und keine andere Partei als die Sozialdemokratie sich schützend vor die Arbeiterklasse, vor die Gewerkschaften und vor die Verfassung stellt, so sind sie gezwungen, mehr als früher aus ihrer Reserve heraus- und für die Sozialdemokratie einzutreten. Darum unterstützen sie diese ideell und materiell, darum haben ADGB. und Gesamt-Verband ihre Wahltrufe für die Sozialdemokratie erlassen und darum rufen wir allen Arbeitnehmern zu: **Wählt Liste I!**

Georg Renner.

Reichskonferenz des Gesamt-Verbandes in Kiel

Reichsabteilung A (Gemeindebetriebe und -verwaltungen)

Der Kölner Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte beschlossen, den nächsten Verbandstag in Kiel abzuhalten. Es lag nahe, nach der Verschmelzung die erste Reichskonferenz der Abteilung A, in der die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder des ehemaligen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes zusammengefaßt ist, nach Kiel einzuberufen. Die Wahl erwies sich denn auch als überaus glücklich. Einmal konnte die Öffentlichkeit in außerordentlichem Maße für unsere „Kieler Woche“ interessiert werden, zum andern gewährleistete das schöne neue Gewerkschaftshaus auch technisch einen guten Verlauf der Tagung. Dazu kam, daß die Kieler Förde, insbesondere aber die Dampferfahrt der Delegierten über Flensburg nach Kollund (Dänemark) eine Fülle wundervoller Eindrücke gewährte. Es kann auch vorweg festgestellt werden, daß die Befürchtung, als könne die Agitation zu den Reichstagswahlen unter dieser Tagung leiden, durchaus nicht zutrifft, denn der Geist des politischen Aktionswillens und der Kampfbereitschaft kam auf dieser Tagung prachtvoll zum Ausdruck.

Unser Verbandsvorsitzender, Kollege Oswald Schumann, begann in seiner Begrüßungsrede mit einem Auftakt für die Reichstagswahlen, indem er scharf heraus hob, worauf es bei den Wahlen am 14. September ankommt für alle Gewerkschaften. Auch für die Mitglieder des Gesamt-Verbandes ist die entscheidende Frage: Soll Deutschland ein plutokratischer Staat werden mit Rechtfertigung der Arbeitnehmerschaft? Soll die Sozialpolitik verkümmern? Oder soll die deutsche Republik ausgebaut werden zu einem sozialen Volksstaat, in dem die Arbeitnehmerschaft zu seinem Teil mitzuwirken hat in Sozialgesetzgebung, Wirtschaft und allen Kulturfragen.

Die öffentliche Wirtschaft hat sich zum Segen der breiten Massen des Volkes in Deutschland entwickelt, und alle Angriffe des Unternehmertums vermochten nicht, ihr ernstlich Abtrag zu tun. Die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe sind die berufenen Pioniere auf dem Gebiete einer sinngemäß rationalisierten Bedarfswirtschaft. Die öffentlichen Betriebe müssen in ihrer Sozialpolitik richtunggebend werden für die gesamte Industrie Deutschlands für Handel und Verkehr.

Die Stellung des Verbandes zum Wahlkampf kam auch unzweideutig zum Ausdruck in einer Entscheidung, die mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

Die Reichskonferenz der Reichsabteilung A, Gemeindebetriebe und -verwaltungen, im Gesamt-Verband, nimmt Stellung zur Wahl des Reichstages am 14. September 1930. Am 14. September wird darüber entschieden, ob die politische Demokratie mit ihren Rechten für die arbeitenden Massen erhalten bleiben oder ob sie abgelöst werden soll durch eine faschistische Diktatur. Die von der Reichsregierung unter Mißachtung der Rechte der Volksvertretung erlassenen Notverordnungen zeigen deutlich, wohin der Weg führt: Zerschlagung der sozialen Versicherung, Senkung der Löhne, Beseitigung jeder Einkufnahme der Arbeiterklasse auf die Wirtschaft; das ist das Ziel der reaktionären Bürgerblockregierung. — Schonung des Besitzes, Steuererleichterungen für die kapitalistischen Kreise auf der einen Seite, Verbrauchs- und Kopfsteuer und rückwärtslose Abwälzung aller Lasten auf die arbeitenden Schichten des Volkes auf der anderen Seite, ist der Wille aller bürgerlichen Parteien. — Am 14. September haben die Arbeitnehmer der Gemeindebetriebe und -verwaltungen mit zu entscheiden im Kampf um die öffentliche Wirtschaft. In der Bekämpfung der öffentlichen Wirtschaft finden sich alle bürgerlichen Parteien auf einer Linie. Mit der Bekämpfung der öffentlichen Wirtschaft sollen gleichzeitig die ersten Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie beseitigt werden. Nicht nur politische, sondern auch höchste gewerkschaftliche Interessen stehen also in diesem Wahlkampf auf dem Spiel.

Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Schützerin der Rechte des arbeitenden Volkes. Sie ist die Partei, die offen für die Erhaltung und den Ausbau von Sozialversicherung und Sozialpolitik und — entsprechend ihren programmatischen Grundsätzen — für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der öffentlichen Wirtschaft im Reich, Staat und in den Gemeinden eintritt. — Nur durch eine Stärkung der Sozialdemokratischen Partei wird es möglich sein, die Pläne der Reaktion zu zunichte zu machen. — Die Reichskonferenz fordert daher alle in den Gemeinden beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, ihre Stimme am 14. September nur der Sozialdemokratie zu geben, damit diese im neuen Reichstag so stark wird, daß alle Angriffe der Reaktion erfolgreich abgewehrt werden können!

Der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mulert sprach dann (gleichzeitig für den Norag-Sender) über „Wirtschaft und Gemeindegewalt“. Das Referat Mulerts ging in seiner Bedeutung weit über den Rahmen dieser Tagung hinaus. Es war eine gründliche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit allen Gegnern der öffentlichen Wirtschaft, wie sie schärfer, klarer und unzweideutiger auch die Vertreter der Arbeitnehmerschaft nicht formulieren können. Der Präsident des Deutschen Städtetages erwies sich wiederum nicht nur als ein guter Sachdarsteller seines Aufgabengebiets, sondern er wußte auch die Hörer durch seine treffliche Darstellungsgabe zu fesseln, so daß die mehr denn 300 Delegierten und Gäste völlig im Banne dieses Vortrags standen. Scharf arbeitete der Redner den Gedanken heraus, daß heute die öffentliche Wirtschaft nicht mehr von der öffentlichen Verwaltung zu trennen ist. Wer die eine bekämpft oder die Begrenzung herbeiführen will, will auch die Begrenzung der Verwaltung, und das kann wahrlich nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen.

Der Redner wies auch nach, daß die Ausdehnung der Gemeindegewalt mit der Gesamtentwicklung der deutschen Volkswirtschaft eng zusammenhängt. Wir könnten weder den wirtschaftlichen Bedürfnissen noch den sozialpolitischen Notwendigkeiten gerecht werden, wenn nicht die öffentliche Wirtschaft eine entsprechende Ausdehnung in der Versorgungsaktion gebracht hätte. Es mag sein, daß die privatkapitalistische Wirtschaft Profite und Rentabilität anstrebt, die Gemeindegewalt muß in erster Linie den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen. Ihr sozialpolitischer Charakter und die volkswirtschaftliche Produktivität sind das Entscheidende. Wohnungsbau und Siedlungswesen erfordern eine neue Verkehrspolitik, die oftmals unrentabel ist und von der Privatwirtschaft überhaupt nicht geleistet würde. Es müßten sich also zwangsläufig unerträgliche Zustände in allen Großstädten herausbilden, wenn nicht die Gemeindegewalt einen Ausgleich herbeiführen würde. Es ist auf die Dauer ein unerträglicher Zustand, wenn die Anleihe-Beratungsstelle die Gemeinden verhindert, eine gesunde Anleihepolitik zu treiben. Auch das Geschrei nach stärkerer Besteuerung der gemeindlichen Wirtschaft entbehrt jeder Berechtigung, da die ungeheuren sozialpolitischen Verpflichtungen der Gemeinden ohnehin eine stärkere Belastung bedeuten, wie sie die Privatwirtschaft aufweisen kann.

Zu diesem Referat wurde die folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden ist lange Jahrzehnte vor dem Krieg aus dem Bedürfnis entstanden. Aufgaben der Allgemeinheit auf lebensnotwendigen Gebieten zu erfüllen. Sie ist ein wichtiger und unentbehrlicher Teil der gesamten Volkswirtschaft geworden. Sie dient zu ihrem Teil der Förderung der Produktion, vor allem aber einer sozialen Gesichtspunkten Rechnung tragenden Versorgung der breiten Schichten der Bevölkerung mit den Bedarfsgütern des täglichen Lebens. Dienst an der Gesamtheit, Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität ist deshalb ihr bestimmendes Ziel. — Umfang und Art der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden sind von jeher aufs stärkste beeinflusst von den besonderen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, den Zeitumständen und der sozialen Schichtung der Bevölkerung. Nur im engsten Zusammenhang hiermit läßt sich von den Organen der Selbstverwaltung in eigener Verantwortung entscheiden, welche Einrichtungen sachlich notwendig sind und welche Organisationsform ihnen gegeben werden muß. Erhaltung und Ausbau insbesondere der Versorgungsunternehmungen und Verkehrseinrichtungen der Gemeinden sind ganz besonders für die wirtschaftliche Entwicklung der Städte und die Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Bevölkerung, die Stärkung ihrer Lebens- und Arbeitskraft von entscheidender Bedeutung. — Jeder Eingriff des Gesetzgebers, jede Schlechterstellung der öffentlichen Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft ist deshalb mit Entschiedenheit abzulehnen. Auf der Grundlage der universell gegebenen Zuständigkeit der Gemeinden hat sich die bisherige Entwicklung zum Wohle der Gesamtheit vollzogen. Verfehlt sind deshalb auch alle Maßnahmen, die die Finanz- und Kreditpolitik der Gemeinden für ihre Versorgungsunternehmungen in der dringend erforderlichen Bewegungsfreiheit am inländischen und ausländischen Kapitalmarkt einengen. Deshalb wäre die Aufhebung, mindere aber die Einschränkung der Befugnisse der „Beratungsstelle für Anleihekredite“ dringendstes Gebot der Stunde. Das schlagwortartige Verlangen nach vollständiger steuerlicher Erfassung der gemeindlichen Unternehmungen geht von irtigen Voraussetzungen aus. Seine Durchführung würde nicht nur die bisher von den gemeindlichen Versorgungsunternehmungen für den Zuschußbedarf der Gemeinden aufgebracht Beiträge wesentlich verkürzen und eine erneute Verschiebung des Finanz- und Lastenausgleichs herbeiführen, sondern vor allem auch zu einer unerträglichen Mehrbelastung der städtischen Verbraucherschaft und der Wirtschaft führen. — Alle Bestrebungen, die gemeindlichen Unternehmungen durch Organisations- und Wirtschaftsberatung zu fördern, werden lebhaft begrüßt. Sie tragen wesentlich

mit dazu bei, den wichtigen Anteil der gemeindlichen Wirtschaft innerhalb der gesamten Volkswirtschaft zu erhöhen. Die Frage nach der zweckmäßigsten Betriebsform ist keine grundsätzliche, sofern auch im Falle der Wahl der privaten Rechtsform die volle Verantwortlichkeit der städtischen Körperschaften gewahrt bleibt. Der Gesichtspunkt möglichst rationaler Betriebsführung verbindet sich hier mit dem einer praktischen Sozialpolitik im Dienste der Gesamtheit.

Wir berichten im „Öffentlichen Dienst“ ausführlich über das Referat des Leiters der Reichsabteilung A, Kollegen P o l e n s k e. „Die Organisation der Gemeindearbeiter, Angestellten und Beamten.“ Hier sei nur kurz angedeutet, was für alle Mitglieder des Gesamt-Verbandes von besonderer Bedeutung ist.

Die Reichsabteilung A ist in fünf Fachgruppen gegliedert. Fast alle unterstehen dem Reichsmanteltarifvertrag. Nach einer Feststellung vom 1. Januar 1930 beträgt die Zahl der Beschäftigten 583 826, wovon 62 Proz. = 238 124 Mitglieder des Gesamt-Verbandes sind. Neben dem Reichsmanteltarifvertrag bestehen 443 Tarifverträge, die in der Hauptsache die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln. Dazu kommen noch 13 Tarifverträge für die Berufsfeuerwehrmänner. Etwa die Hälfte der Kollegenschaft arbeitet bis zu 8 Stunden, 28 Proz. bis 9 Stunden, 22 Proz. bis zu 10 Stunden. Letzteres trifft insbesondere für das Personal im Gesundheitswesen zu, soweit es im Beamtenverhältnis steht, da hierfür die Arbeitszeitverordnung vom 13. Februar 1924 gilt. Schwierigkeiten sind in letzter Zeit entstanden durch die „zufällige“ Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen, da oftmals dadurch die Einstellung ständiger Arbeiter nach dem Tarifvertrag verhindert wird oder auch schon Entlassungen erfolgt sind. Der Kampf um die öffentliche Wirtschaft wird in der Hauptsache von unserer Reichsabteilung A geführt.

Auch die D e b a t t e brachte interessante Anregungen. Die bisherige Leitung der Reichsabteilung A wurde einstimmig bestätigt.

* * *

3. Tagung der Arbeitnehmer

der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke

Im Anschluß an die Tagung der Reichsabteilung A fand ebenfalls im Kieler Gewerkschaftshaus die 3. Reichskonferenz der Fachgruppe G E W statt, an der etwa 200 Delegierte teilnahmen. Es sind auch bereits aus dem Auslande eine Anzahl Vertreter erschienen, da für den 29. bis 31. August die I. Internationale Konferenz der Arbeitnehmer in den G E W-Werken stattfindet. Hierüber werden wir gesondert in nächster Nummer berichten.

Gewissermaßen als Auftakt für die Verhandlungen hielt Prof. Dr. H e r m b e r g, Jena, einen Vortrag über: „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Redner entrollte ein Bild von der internationalen Auswirkung der jetzigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen unerhörten Arbeitslosigkeit. Er erinnerte an seine Stellungnahme zum gleichen Thema auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress 1925 und wies darauf hin, daß es wohl richtig sei, daß die Löhne der deutschen Arbeiter relativ und absolut gestiegen seien, entsprechend der gesteigerten Macht der Gewerkschaftsorganisationen. Während die Lebenshaltungskosten seit 1925 um 8 bis 10 Proz. stiegen, konnten die Löhne, wenn auch manchmal erst nach heftigen Kämpfen, um etwa 25 Proz. gehoben werden. Andererseits ist auch in anderen Ländern, die mit uns auf dem Weltmarkt konkurrieren, eine erhebliche Lohnsteigerung erfolgt. Während wir bei Kriegsausbruch ungefähr die Löhne Englands erreicht hatten, steht das deutsche Lohnniveau etwa 15 Proz. über dem Englands, während Skandinavien und Amerika erheblich höhere Löhne haben. Es ist auch ganz falsch, daß die deutsche Wirtschaft durch soziale Abgaben und übergroße Steuern vorbelastet sei gegenüber der Konkurrenz anderer Länder. Die Sozialpolitik ist in allen Ländern erheblich ausgedehnt worden, weil dies angesichts der wachsenden Rationalisierung unvermeidlich war. Der Redner versuchte dann an Hand eines reichen Zahlenmaterials den Nachweis zu erbringen, daß trotz der Rationalisierung die Zahl der Beschäftigten nicht zurückgegangen wäre, wenn nicht die akute Wirtschaftskrise eingetreten hätte. Diese internationale Krise könne aber nicht von ewiger Dauer sein. Immerhin scheint festzustehen, daß durch die Rationalisierung die industrielle Reservearmee andauernd vergrößert wird. Wir dürfen uns weder durch die Denkschriften der Unternehmer, noch durch die Beeinflussung der Öffentlichkeit in der bürgerlichen Presse bestimmen lassen.

Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften bleibt auch weiterhin, das deutsche Lohnniveau zu heben und den Kauf aufzunehmen gegen den Lohnabbau. Es muß unter allen Umständen wieder erreicht werden, daß die deutschen Löhne den englischen angeglichen sind. Der Redner brachte dann eindringlich zum Ausdruck, daß die Arbeitslosigkeit im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung

nicht beseitigt werden kann. Auch die Krisen sind immer wiederkehrend, und es bleibt Aufgabe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, den Kapitalismus zu beseitigen durch Bedarfswirtschaft und Sozialismus. Bis dahin muß mit aller Kraft für die Erhaltung der Arbeitslosenfürsorge gekämpft werden. Was wir heute an öffentlicher Wirtschaft besitzen, muß nicht nur verteidigt, sondern auch weiter ausgebaut werden.

Hierzu wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Durch die Rationalisierung der letzten Jahre sollte eine Senkung der Preise erreicht, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe erhöht, die Kaufkraft der breiten Masse gehoben werden. Heute müssen wir feststellen, daß das Gegenteil eingetreten ist. Zwar wurde durch den technischen Ausbau der Betriebe immer mehr Arbeitskraft eingespart und das Tempo der Arbeit erheblich gesteigert; aber die Steigerung der allgemeinen Volkswirtschaft trat nicht ein, weil die Ausdehnung der Produktion durch die Verhinderung des Preisabbaus gehemmt wurde und unzureichende Löhne und Gehälter den inneren Markt einschränkten. — Die Folge ist eine Verschärfung der schweren Wirtschaftskrise und eine Verlängerung der von erdrückender Arbeitslosigkeit und zunehmender Kurzarbeit begleiteten Wirtschaftskrise. — Die Wirtschaftskrise wird noch weiter verschärft durch die nun schon Jahre dauernde Finanznot der Gemeinden. Planmäßig werden dieselben vom Kapitalmarkt ferngehalten, und das zu einer Zeit, wo Aufträge, welche zur Belebung der Wirtschaft beitragen könnten, nicht vergeben werden und eine weitere Verschärfung der Krise eintrat. Die Reichskonferenz verlangt deshalb, daß der Kapitalmarkt des In- und Auslandes für die öffentliche Wirtschaft freigegeben wird. Die Befugnisse der Beratungsstelle sind entsprechend zu ändern. — Die mit der öffentlichen Wirtschaft in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen haben ergeben, daß die öffentlichen Betriebe in technischer, kaufmännischer und sozialer Beziehung den privaten Unternehmungen nicht nur vollkommen gleichwertig, sondern in der Regel weit überlegen sind. Deshalb fordert die Reichskonferenz, daß die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke der Privatkapitalistischen Ausbeutung entzogen und ausschließlich durch öffentlich-rechtliche Körperschaften betrieben und verwaltet werden. Es ist Aufgabe der Gesetzgebung, die rechtliche Grundlage zu schaffen für eine zwangsweise Ueberführung der noch in Privatbesitz befindlichen Monopolbetriebe in die öffentliche Hand. — Die Erfahrungen haben weiter bewiesen, daß ein Grund zur Umwandlung von Regiebetrieben in eine andere Rechtsform (Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung) nicht besteht, wenn den Werkstoffkommissionen und Verwaltungsausschüssen die notwendige Selbständigkeit im Rahmen der öffentlichen Verwaltung gegeben wird. Die Gründung von A.-G. oder G. m. b. H.'s ist nur dort notwendig, wo verschiedene Körperschaften des öffentlichen Rechts (Reich, Staat und Gemeinden) gemeinsam Träger des Unternehmens sind. — Die Reichskonferenz wendet sich auch entschieden gegen die Bestrebungen der Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Parteien, die Steuerpflicht der gemeindlichen Unternehmungen weiter auszuweiten. Die Ausdehnung der Steuerpflicht bedeutet eine noch stärkere Belastung der breiten Masse sowie der gesamten Wirtschaft, ohne die Einnahmen des Reiches fühlbar zu erhöhen. — Die wirtschaftliche Depression und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, welche die Schlagkraft der Arbeitnehmerorganisationen hemmt, ermuntern die Arbeitgeber zum gemeinsamen Angriff auf die soziale Gesetzgebung, Arbeitszeit und die bestehenden tariflichen Löhne. Hiervon machen auch die öffentlichen Unternehmungen wenig Ausnahme, weil sie noch immer von dem Privatkapital beeinflusst werden. Harte Kämpfe stehen der Arbeiterklasse in den nächsten Jahren bevor, welche geführt werden müssen für Hebung des Realeinkommens, Verkürzung der Arbeitszeit und für Erhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Die Arbeitszeit muß, der technischen Entwicklung folgend, auf unter 48 Stunden pro Woche verkürzt werden. — An die Arbeitnehmerseite der G E W-Werke geht der dringende Appell zur gewissenhaften Innehaltung der tariflichen Arbeitszeit und Vermeidung aller Ueberstunden. Nicht zu vermeidende Ueberstunden sind während der wöchentlichen normalen Arbeitszeit abzufeiern. Aufgabe aller Mitglieder des Gesamtverbandes ist es, eine geschlossene Organisation zu schaffen, um die Kämpfe der nächsten Jahre erfolgreich bestehen zu können.“

Es folgten eine Reihe von Fachvorträgen, und zwar sprach der Vorsitzende des Betriebsrats der Hamburger Gaswerke, Kollege S t e i n m e h, Hamburg, über: „Die deutsche Gaswirtschaft“. Der Redner wies u. a. eindringlich nach, daß der Plan der Ferngasversorgung durch die Privatindustrie abgelehnt werden muß, und daß wir demgegenüber die Forderung der Gruppengasversorgung stellen müssen. Die Gaswirtschaft hat auch bei weiterer Ausdehnung der Elektrizitätswirtschaft durchaus noch eine große Zukunft, insbesondere auf dem Gebiet der Wärme- und Kraftversorgung. Die Ceerindustrie mit ihren zahlreichen Nebenprodukten ist ein wertvoller Teil der deutschen Gesamtwirtschaft, die in den Händen der Allgemeinheit verbleiben muß.

Der Betriebsratsvorsitzende der Berliner Wasserwerke, Kollege F r i e h K a m i n, sprach dann über: „Die deutsche Wasserwirtschaft“. Er schilderte ausführlich die drei Arten der Wassergewinnung: Oberflächenwasser, Grundwasser und Quellwasser. Gegenwärtig sind mehr denn drei Millionen Mark in den Wasserwerken investiert, die fast ausschließlich in Händen der deutschen Gemeinden sind. Daher muß auch die Anleihepolitik der Gemeinden

unterstützt werden, weil nur so ein Ausbau der Werke gewährleistet ist. Die Rationalisierung hat auch in den Wasserwerken vielfach zur Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft geführt. Als Gegenmaßnahmen müssen wir eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, bezahlten Urlaub, Ruhegehalt nach dem Vorbild des Beamtenrechts und Ausbau der Betriebsratsbefugnisse fordern. Es würde auch gut möglich sein, einige Arbeiten, wie Reparaturen usw., in eigener Regie herzustellen. Vor allen Dingen muß unbedingt gefordert werden, daß die Filterreinigung nicht an private Unternehmer vergeben wird.

Als dritter Fachreferent sprach Hauffe, Sekretär der Fachgruppe, über: „Die Elektrizitätswirtschaft“. Mit einem reichen Zahlenmaterial wies der Referent nach, daß es auf dieser Erde niemals einen so plötzlichen Aufschwung in wirtschaftlicher und technischer Beziehung gegeben hat wie in der Elektrizitätswirtschaft. Von 42 Millionen Kilowattstunden stieg die Erzeugung der Elektrizität im Jahre 1930 auf 30 Milliarden Kilowattstunden, das ist 446 Kilowattstunden pro Kopf. Seit 1928 überwiegen die öffentlichen Werke in der Stromerzeugung. Sie liefern heute 54 Proz. des gesamten Stromes. Der Redner setzte sich auch ausführlich mit der Frage auseinander, wieweit Gas durch Elektrizität ersetzt werden kann, und kam zu dem Ergebnis, daß sowohl Gas wie Elektrizität noch ungeahnte Steigerungen in der Anwendung erfahren können. Hauffe kam zu dem Schluß, daß die Elektrizitätswirtschaft ein wichtiger Teil der gesamten Wirtschaftspolitik ist; sie muß im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik betrachtet werden.

An die drei Fachreferate schloß sich eine rege Diskussion an.

Dann sprach der Leiter der Reichsfachgruppe GEW., Kollege Orlopp, über: „Die gewerkschaftliche Organisation der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke“. Das Referat wird in der nächsten Nummer des „Öffentlichen Dienst“ ausführlicher gebracht werden, so daß wir uns hier auf einige wenige Bemerkungen beschränken müssen. Neben der Darstellung über den glänzenden Aufstieg dieser Fachgruppe, die seit Dortmund im Jahre 1927 mit 48 000 Mitgliedern heute auf 70 000 organisierte Arbeitnehmer gewachsen ist, wurden vom Referenten all die wichtigen Fragen

aufgezeigt, die in den letzten drei Jahren eine Rolle spielten. Insbesondere war es die Anleihepolitik der Beratungsstelle unter Dr. Schacht und seinem Nachfolger, die einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Sodann schilderte der Referent den Kampf mit der Ruhrgas-A.-G. (Ferngasversorgung). Die temperamentvollen Ausführungen des Referenten wurden mit zahlreichen Schaubildern und Zahlenmaterial ergänzt, das sich in den Händen der Delegierten befand.

Mit der steigenden Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft ist auch hier der Kampf entbrannt, ob Privatbetrieb oder öffentliche Wirtschaft. Allzuoft ist bei der Umwandlung in Aktiengesellschaften eine Gefährdung des Soziallohnes wie überhaupt der sozialen Position der Arbeiter verknüpft. Hiergegen hat die Fachgruppenleitung oftmals mit Erfolg Stellung genommen. Nach dem Stand vom 1. Januar 1930 ist die 48-Stunden-Woche für 73 252 Arbeitnehmer der GEW.-Werke (= 84,4 Proz.) tariflich vereinbart. Unsere Fachzeitschrift „Wirtschaft, Technik und Verkehr“ hat nicht nur bei unseren Kollegen, sondern in der gesamten Fachwelt größte Beachtung gefunden. Eindrucksvoll war auch unsere Beteiligung an der deutschen Ausstellung „Gas und Wasser“. Scharf haben wir Stellung genommen gegen die Technische Nothilfe. Der Referent beschäftigte sich auch eingehend mit den Grenzstreitigkeiten in den Elektrizitätswerken mit dem Maschinen- und Heizerverband und dem Metallarbeiterverband. Es soll angestrebt werden, durch Kartellverträge diese Dinge zu regeln. Am Schluß trat der Referent mit großer Wärme für die Schaffung eines einheitlichen sozialen Arbeitsrechts aller Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen ein, wie es das Programm des Gesamt-Verbandes vorsieht.

* * *

Dem Referat Orlopps schloß sich eine ausgedehnte, sehr interessante Diskussion an, in der insbesondere auch der Vertreter der Preag, Ministerialrat Darge, zu einigen Fragen der Sozialpolitik Stellung nahm. Scharf wurde von einzelnen Rednern das Verhalten des Maschinen- und Heizerverbandes angegriffen. Mit einem zusammenfassenden Schlußwort des Kollegen Orlopp schloß die Konferenz unter dem Gesang der Internationale. ed.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in Großbritannien

Seitdem die Arbeitslosenversicherung in Großbritannien im Jahre 1921 auf nahezu alle gewerblichen Arbeitnehmer ausgedehnt wurde, ist die Arbeitslosigkeit der versicherten Personen immer sehr umfangreich gewesen. Die Gesamtzahl der Versicherten in Großbritannien und Nordirland nahm von 11 081 000 Mitte 1921 auf 12 094 000 Mitte 1929 zu, wobei in Betracht kommt, daß Anfang 1928 über 200 000 Personen im Alter von 65 Jahren und darüber aus der Versicherung ausgeschieden, da ihnen nunmehr Anspruch auf Altersrente zukommt.

Die absolute Zahl der Arbeitslosen um die Jahresmitte ging von etwa 2½ Millionen 1921 auf 1,1 Millionen 1924 zurück, um hernach wieder auf 1,7 Millionen 1926 zu steigen; diese Zahl war allerdings durch den Streik der Kohlenbergarbeiter mit bedingt. In den letzten drei Jahren waren Ende Juni jeweils 1,1 bis 1,2 Millionen Arbeitslose vorhanden. Inbegriffen sind dabei sowohl Dollararbeitslose wie auch Kurzarbeiter, deren Arbeitszeitentgang so bedeutend war, daß sie, wenn die anderen Voraussetzungen zuträfen, zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung berechtigt waren.

Der Arbeitslosenstand im Jahresdurchschnitt betrug 1921 nahezu 17 Proz. und 1922 über 14 Proz. der Versicherten. Seitdem bewegte er sich stets zwischen rund 10 und 12 Proz. Den geringsten Umfang wies die Arbeitslosigkeit 1927 auf (nicht ganz 10 Proz.).

Bemerkenswert sind die gebietsweisen Verschiedenheiten des Umfanges der Arbeitslosigkeit. In London und Südensland sind viel weniger versicherte Personen arbeitslos als in Nordengland, Schottland oder Wales. Im Jahre 1929 z. B. betrug die durchschnittliche Arbeitslosenziffer in London 5,6 Proz., in Südostengland 5,6 Proz., in Südwestengland 8,1 Proz., in Mittelengland dagegen 9,3 Proz., in Nordengland 13,5 Proz., in Schottland 12,1 Proz. und in Wales 19,3 Proz. Diese Unterschiede bestehen schon seit einer Reihe von Jahren und sie verringern sich nicht, sondern werden eher größer. Ihr Hauptgrund ist darin zu erblicken, daß die Ausführindustrie, die am meisten unter der Wirtschaftskrise leidet, ihre wichtigsten Mittelpunkte in Nordengland und Süd-Schottland hat. Die große Arbeitslosigkeit in Wales ist durch die Verhältnisse im Kohlenbergbau veranlaßt.

Die Wirksamkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise wurde in den letzten Jahren gesteigert. Die Zahl der gemeldeten freien Stellen stieg von 1 436 000 1927 auf 1 510 000 1928 und 1 779 000

1929, die Zahl der Stellenvermittlungen nahm zu von 1 255 000 1927 auf 1 327 000 1928 und 1 554 000 1929.

Reisegeldvorschüsse wurden 1928 in 20 491 Fällen im Betrage von £ 20 491 und 1929 in 40 479 Fällen im Betrage von £ 40 479 gezahlt. Gemäß Artikel 30 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes von 1920 wurden von diesen Beträgen 1928 £ 6 040 und 1929 £ 12 188 vom Arbeitslosenfonds erstattet. Zurückgezahlt wurden 1928 £ 10 587 und 1929 £ 22 252.

Aus Bergbaubezirken mit großer Arbeitslosigkeit wurden 1929 etwa 32 000 Personen nach anderen Landesteilen transferiert. In einem erheblichen Teil der Fälle war berufliche Umschulung erforderlich.

Zur Arbeitsannahme in Uebersee, namentlich in Australien, Neuseeland und Kanada erklärten sich 1929 22 127 Personen bereit. Von ihnen erhielten 7 157 Arbeitsgelegenheit zugewiesen, und zwar 5 914 in Kanada, 1 183 in Australien, 39 in Neuseeland und 21 in anderen Ländern.

Arbeitslosenunterstützung bezogen im wöchentlichen Durchschnitt 1927 786 000, 1928 954 000 und 1929 964 000 versicherte Personen. Die Kosten der Unterstützung machten 1927 37 Millionen Pfd. Sterling aus, 1928 und 1929 je über 44 Millionen Pfd. Sterling.

Das Defizit des Arbeitslosenfonds hatte Ende 1929 den Betrag von 38 Millionen Pfd. Sterling erreicht.

Die Zahl der strittigen Ansprüche von Hauptunterstützungsbewerbern, welche zur Entscheidung an die Versicherungsbeamten verwiesen wurden, betrug 1929 nahezu eine Million, nämlich 940 500. Davon wurden nur 286 000 bewilligt, 654 000 jedoch abgewiesen. Verhältnismäßig die meisten Abweisungen wurden damit begründet, daß die Arbeitslosigkeit der Bewerber nicht nachgewiesen war (251 000 Fälle), oder daß die Bewerber ihre Arbeitsplätze freiwillig verlassen (94 000 Fälle) oder wegen Verschulden verloren hatten (55 000 Fälle).

Streitfälle betreffend die Zahlung von Familienunterstützung gelangten in 155 000 Fällen vor die Versicherungsbeamten. In 114 000 Fällen wurde ihnen ganz oder teilweise entsprochen, in 41 000 Fällen fand die Arweisung statt. H. Fehlinger.

Das Lichtbild

Lichtbildkunst im Dienste der Arbeiterbewegung



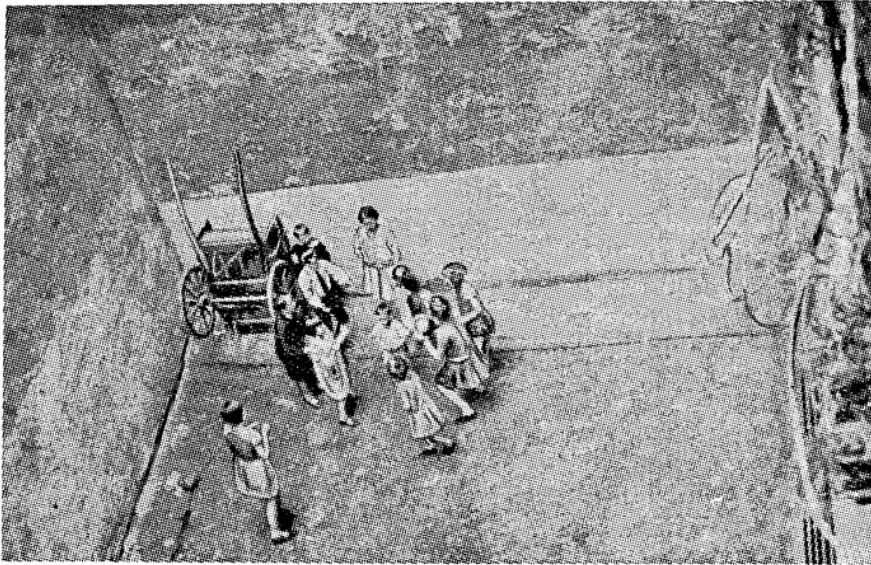
Die Arbeiterbewegung hat von sich aus bisher das Photo recht vernachlässigt, obwohl dasselbe in der heutigen Zeit mit ihren raffinierten Werbemethoden durchaus notwendig ist. Diese Vernachlässigung hat die verschiedensten Gründe. Die Berufsphotographen haben dank ihrer Ausbildung und geschäftlichen Rücksichten keinen Kontakt mit dem sozialen, der Arbeiterbewegung dienenden Photo, den Arbeiteramateurphotographen fehlt die richtige Anleitung, daneben auch der Drang, sozialen Mißverhältnissen nachzugehen und sie auf der Platte festzuhalten. Woran das liegt, ist schwer zu sagen, offenbar war der in einer Gemeinschaft zusammengeschlossene Kreis von Nichtberufsphotographen zumeist technisch nicht so vorgebildet, daß er die immerhin etwas schwierigere Materie des sozialen Photos beherrschte. Ein Beispiel aus der Praxis. Wenn man gelegentlich Photoalben von sonst technisch gut vorgebildeten Amateuren durchblättert, so sieht man fast nur zwei große Gruppen von Aufnahmen: einmal gestellte Personenaufnahmen, zum anderen Landschafts- und Naturaufnahmen in den allermöglichsten Variationen. — Es ist eine unbedingte Pflicht, endlich einmal auch das soziale Photo zu pflegen. Die Gründe sind sehr gewichtige. Alle die Landschaftsaufnahmen, die gewiß ansprechend sind, geben uns nur einen Teil, einen bestimmten Ausschnitt aus dem Leben, aus irgendeinem Gebiet, aber gerade für die Arbeiterschaft ist es wichtig, nicht nur das Leben, sondern auch die Lebensbedingungen, so wie sie dort herrschen, kennenzulernen. Ein praktisches Beispiel: Wie oft sieht man ausgezeichnete Photos von Großstädten und ihren schönen Umgebungen: aber zeigt man damit dem Arbeiter die Großstadt schlechtthin? Die Gärten, Museen, Boulevards, Denkmäler und monumentalen Bauten gehören gewiß zur Großstadt, aber sie sind nicht ihr Antlitz, sind nur schöne Attrappen für den Arbeiter — von denen er doch nichts hat. Sein Leben spielt sich hier nicht ab. Wer eine Stadt kennenlernen will, muß in die Arbeiterviertel mit ihren trostlosen Mietkasernenfassaden gehen, muß sich zur Zeit des Büro- und Fabrik schlusses den Strom der Arbeitenden näher betrachten, muß sich das fürchterliche Elend auf der einen und den Luxus auf der anderen Seite betrachten: das ist das wahre Leben und nicht die von vielen so einseitig dargestellten Schilderungen mit den glänzenden Außenfassaden. Um ehrlich zu sein, muß man beide Seiten zeigen: schlechte und gute. Das soziale Photo soll die Wirklichkeit wiederherstellen, aber es fehlt bis heute, aus Gründen, die unbegreiflich sind. Hier ist eine Lücke in der Front des Sozialismus, eine Lücke, die nicht allzu schwer auszufüllen sein dürfte. Die sozialistische Presse, vor allem die Illustration, braucht notwendig diese Photos, um stets klipp und klar zu zeigen, was ist, was uns als Arbeitnehmer angeht, was wir abgestellt haben möchten, was überflüssig ist. Die Presse wird sich dankbar seiner bedienen: die zentrale Presse für grundlegende Dinge, die Gewerkschaftszeitungen für berufszweigliche Interessen, die Arbeiterportpresse für ihre Zwecke, denn das darf man nicht vergessen; ein gutes Photo ist das wirksamste Inserat.

Ein Einwand wird oft erhoben: Wir Arbeiterphotographen sehen und erleben soviel Elend, daß wir diese Dinge nicht noch photographieren möchten.

Hier ist ein grundlegender Irrtum zu berichtigen. Es wäre völlig verfehlt, wenn man Elend konstruieren würde, photographisch das Allerschlechteste, Allerschlimmste nur sehen würde. Was gefordert wird, ist die völlige Realität der dargestellten

Dinge. Und wer das Zeug dazu hat, diese realen Dinge noch künstlerisch zu sehen, der ist auf dem richtigen Wege. Es brauchen durchaus nicht immer Mansardenwohnungen zu sein, die einfachsten Dinge können viel viel stärker wirken, als ausgesuchtes Elend. Denn das Photo soll und muß real sein, es soll keine allzu krassen Fälle zum Gegenstand haben, weil es sonst leicht die Glaubwürdigkeit verliert. Wird aber etwas für den Arbeiter vielleicht Alltägliches im entsprechenden Ausschnitt mit einer völlig sachlichen Betextung wiedergegeben, so kann eine solche Alltäglichkeit — abgesehen von ihrer Realität — künstlerisch durchaus ebenso wirken wie eine schöne Landschaft. Die Photographie von heute ist — im großen gesehen — auf „bewährten“ Bahnen stehen geblieben. Von den Berufsphotographen ist schwerlich eine Erneuerung der Photokunst zu erwarten, die Porträtphotographie bewegt sich, von Ausnahmen abgesehen, im „Althergebrachten“, die Pressephotographen richten sich zu wenig nach dem

Bedarf der Arbeiterpresse, die wenigen Reportagen, die sie machen, sind für den Arbeiterleser meist belanglos. Hier hat die Arbeit des Arbeiterlichtbildners einzusetzen. Die Gemeinschaft hat bestimmt umrissene Aufgaben zu stellen, die jeder Photograph seinem Geschmack entsprechend zu lösen hat, nur so kann etwas Positives geleistet werden. — Der Begriff der Schönheit bedarf in unserer Zeit einer Revision gerade auf photographischem Gebiete. Die Art, wie im allgemeinen von den Amateuren photographiert wird, kann sich



Spielplatz im Hofe einer Mietkasernen

nicht mit den modernen Mitteln des Bildinstruments, das sogar dem gezeichneten Bild jetzt vorgezogen wird, messen. Wenn heute ein Photograph Steinklopfer bei der Arbeit zeigt, dann so, daß jeder Beschauer von der schönen Aufnahme, der Rhythmik der Arbeit fasziniert ist. Aber keiner kommt auf den Gedanken, wie schwer, wie eintönig und ermüdend diese Arbeit ist. Es ist leichter, ein phantastisch schönes Bild von Arbeitern am Schmiedefeuere zu bekommen, als zu zeigen, wie sich diese Arbeiter quälen müssen. Nicht in dieser einen Stunde, den ganzen Tag, das ganze Leben. Hier ist das Tätigkeitsfeld des Arbeiteramateurs deutlich vorgezeichnet. Die Parteien, die Gewerkschaften, die Kultur- und Sportorganisationen bedürfen alle der überzeugenden agitierenden Photos. Sie brauchen eine Bildpropaganda, die aus der Überzeugung geboren ist und sich trotzdem der modernsten Mittel bedient.

Diese Aufgabe zu lösen hat sich die junge Organisation des „Arbeiter-Lichtbildbundes“ zum Ziel gesetzt, eine Vereinigung, die bezweckt, die schon da und dort vorhandenen Arbeiterphotographenfremde zusammenzufassen und da, wo es möglich ist, Photogilden ins Leben zu rufen. Die Zentrale Berlin N 113, Tegnérstraße 8, ist gern bereit, über die Ziele des Bundes Auskunft zu geben. Besonders wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß die Vereinigung eine Zeitschrift „Das Neue Bild“ zur Pflege von Film und Photos in der Arbeiterbewegung herausgibt, die zum Preise von 40 Pf. durch den Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin S 14, Dresdener Straße 43, zu beziehen ist. Um planmäßige Anreize zur Betätigung auf dem Gebiet des sozialen Photos zu geben, werden regelmäßige Wettbewerbe und Preisausreibungen veranstaltet mit dem Ziel, dem sozialen Photo den gleichen Platz in der Lichtbildkunst zu erobern, wie der Natur- und Landschaftsphotographie. Der Zweck dieser jungen Organisation ist gut, und wir wünschen, daß sich auch unsere Kolleginnen und Kollegen, soweit sie der schwarzen Kunst huldigen, dem Arbeiter-Lichtbildbund anschließen.

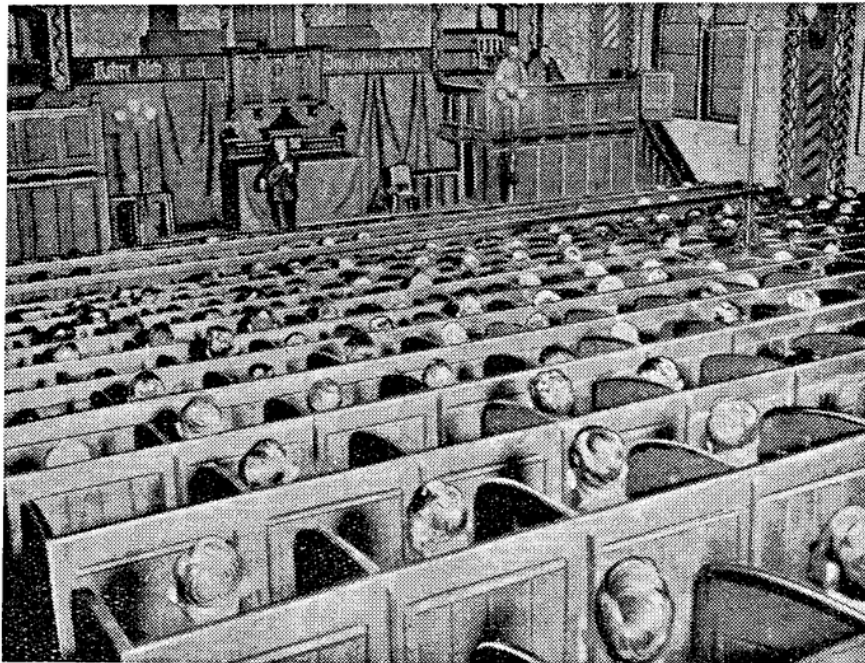
H. Eßkorn in „Das Neue Bild“

Wie die Photographie entstand

Der Schrei nach dem Bilde, nach der Photographie, beherrscht unsere Zeitungen und Zeitschriften. Und doch, wie sonderbar: Während heute die Erzeugnisse der Lichtbilderei im Salon der Reichen, wie in der Stube des Fabrikarbeiters, in den Kunstsalons, wie in den Jahrmarktsbuden, in der Werkstatt des Technikers und des Künstlers, im Laboratorium und im Studierzimmer anzutreffen sind, ist über die Anfänge der Photographie wenig bekannt. Dabei hat gerade die Photographie in ihrer Kindheit eine besonders interessante Entwicklung zurückgelegt.

Der Maler Louis Daguerre war es, der unter der Regierung des Bürgerkönigs Louis Philipp von Frankreich diese bedeutende Erfindung machte. Dafür bekam er von dem königlichen Börstaner eine lebenslängliche Staatspension gewährleistet, die allerdings vorher durch die Deputiertenkammer bestätigt werden mußte. Diese wollte aber die Bedeutung der Erfindung Daguerres

kennenlernen. Einer der Fürsten der Wissenschaft des 19. Jahrhunderts, Arago, unternahm sich dieser Aufgabe im Herbst 1839, an einem Tag, der ganz Paris auf die Beine brachte, so daß Tausende keinen Einlaß zum Palais Mazarin fanden, in dem Arago die denkwürdigen Worte sprach: „Frankreich hat diese Erfindung adoptiert und ist stolz darauf, sie der ganzen Welt als Geschenk zu übergeben.“ — Wohl selten hat eine Erfindung derartiges Aufsehen erregt. Ein jeder wollte daguerreotypiert sein. Daguerre war der Mittelpunkt der allgemeinen Bewunderung, und doch hatte er sich in Wirklichkeit nur die Arbeiten



„Sonntagstrost“ im Straßgefängnis Tegel

eines anderen zunufte gemacht. Der ursprüngliche Erfinder der Photographie war Joseph Nicéphore, der am 7. März 1765 zu Chalon sur Saone geboren wurde. Als eifriger Schüler Senefelders kam er in der Lithographie durch Zufall zu dem Resultat, daß, wenn man eine dünne Asphalttschicht in flüssiger Form auf Metall bringt und dem Lichte aussetzt, diese ihre Löslichkeit in ätherischen Ölen einbüßt, so daß beim Uebergießen nach der Belichtung mit dem Lösungsmittel die belichteten Stellen längere Zeit dem Lösungsmittel widerstehen, während die nichtbelichteten sich leicht lösen. Wenn also die Entwicklung rechtzeitig unterbrochen wurde, stand das Bild in Asphalt auf dem leichten Grund der Platte.

Im Jahre 1825 war es Niepce gelungen, die Bilder der Camera obscura zu fixieren. Drei Jahre später sandte er einem Freund in Paris eine Platte, auf der sich die Reproduktion eines Stahlstiches in Zink befand. Damit tat Niepce den ersten Schritt zu dem heute in hoher Blüte stehenden Heliographieverfahren. Auch Aufnahmen nach der Natur machte Niepce, doch dauerte die Belichtungszeit mehrere Stunden. Um die Erfindung Niepces weiter auszubauen und ihr Verbreitung zu verschaffen, dazu gehörte ein Mann, der seinen glänzenden Namen für die neue Erfindung hergab und der alle Eigenschaften in sich vereinigte, um die Blicke der ganzen Welt auf sich zu lenken. Dieser Mann war Daguerre; mit ihm verband sich Niepce am 14. Dezember 1829 zur gemeinschaftlichen Benutzung und Ausbeutung der Erfindung.

Daguerre beschäftigte sich schon früh mit physikalischen Studien, besonders über das Licht und dessen Wirkung. Aber erst die Verbindung mit Niepce brachte ihm Erfolg. So konnte ein Verfahren ausgebaut werden, mit dem man nach vier Minuten ein Bild fertigstellen konnte. Die Anleitung zu diesem Verfahren gab Niepce, der versilberte Kupferplatten und Joddämpfe benutzte, außer Schwefelkalium zum Schwärzen der dünnen Asphalttschicht. Durch Daguerre zum erstenmal in Anwendung gebracht wurde die

Einwirkung der Joddämpfe auf versilberte Platten und die Entwicklung der nur schwach sichtbaren Bilder durch Quecksilberdämpfe; die Fixierung geschah mit einer Kochsalzlösung.

Sofort nach Veröffentlichung der neuen Erfindung entstand unter den Gelehrten, Künstlern und Privatmännern ein reger Eifer, das Verfahren sowie die Apparate dazu zu verbessern. Doch trotz der zahlreichen Neuerungen litt die Daguerreotypie an verschiedenen Schwächen, welche immer wieder zu neuen Forschungen Anlaß gaben. Man konnte die Bilder wegen der starken Spiegelung nur bei Seitenlicht betrachten, jede Dervielfältigung war ausgeschlossen, außerdem waren die Bilder seitenverkehrt. Trotzdem wurde die Daguerreotypie bis in die sechziger Jahre beibehalten, und zwar bis zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich für das Stereoskop, für das sich das Verfahren wegen seiner Feinheit besonders gut eignet. — Zwei Monate nach Bekanntwerden der Erfindung Daguerres

beanspruchte aber auch noch ein anderer den Ruhm der Erfindung der Photographie für sich. Fox Talbot legte der königlichen Gesellschaft in London die Resultate seiner Arbeiten vor. Ihm war es gelungen, mit Papieren, die er in eine Kochsalzlösung brachte, dann trocknete und in einer Höllensteinlösung badete, viel kräftigere Bilder herzustellen. Und in der Tat bildet das Verfahren Talbots noch heute die Grundlage für Herstellung der photographischen Abzüge. — Talbot fixierte anfangs mit einer konzentrierten Lösung von Seesalz, dann mit unterschwefligsaurem Natrium. Die Kopie einer Zeichnung ergab ein negatives Bild, in dem

die Lichter dunkel und die Schatten hell erschienen. Bedeckte er die fixierten und getrockneten Negativbilder abermals mit demselben Papier, so erhielt er ein positives Bild.

Doch Talbot begnügte sich nicht mit diesen erzielten Erfolgen. Das Ziel, das er sich gesteckt hatte, war die Erzeugung von Negativen in der Kamera, und er erreichte es dadurch, daß er das Papier mit einer Lösung von Jodkali tränkte und hernach mit einer Lösung von Höllenstein. Dieses so gewonnene Papier war bedeutend lichtempfindlicher als das frühere, das Bild aber mußte erst durch einen Reduktionsprozeß sichtbar gemacht werden. Mittels einer Lösung von Gallusäure und Höllenstein führte Talbot auch diese Prozedur — Entwicklung genannt — aus.

Damit war durch Talbot eine Neuerung von allergrößter Tragweite geschaffen. Das Negativverfahren, die Grundlage sämtlicher photographischer Dervielfältigungsmethoden bis auf unsere Zeit, beruht auf der Erfindung Talbots.

Gerade in einer Zeit wie der unsrigen, die täglich von neuem den Beweis für die Unentbehrlichkeit der Technik, besonders auch der photographischen Technik, erbringt, ist es angebracht, einen Blick in die Vergangenheit einer so unentbehrlichen Erfindung zu werfen, wie es die Lichtbildkunst heute auf allen Gebieten des Lebens geworden ist. F. H o m s e n („Das Neue Bild.“)

18 Prozent Dividende in der Photochemie. Wie berechtigt die ständig wiederkehrenden Klagen der Photoamateure über die viel zu hohen Preise des technischen und chemischen Zubehörs sind, zeigen am deutlichsten die schweren Profite der betreffenden Unternehmungen. So zahlt die Mimosa A.-G. in Dresden, die in der Hauptsache photographische Artikel, Filme und Photochemikalien fabriziert, ihren Aktionären auch 1929 wieder die Rekorddividende von 18 Proz. Auch bei kleineren Unternehmungen wie der Mimosa A.-G. ist es eine Lust, Aufsichtsrat zu sein, denn von den neun Herren erhält jeder über 9000 Mk. Tantieme.

Freund Maier lernt photographieren

Freund Maier war ein Normalbürger und wäre es wohl sein Leben lang geblieben, wenn er sich nicht eines Tages an meinem Beispiel für die Liebhaberphotographie begeistert hätte.

Wir saßen um den Tisch herum, ich hatte meine Mappe auf den Knien und zeigte mit wahrem Schöpferstolz die Bilderausbeute meiner Sommerreise vor. Auch Freund Maier war dabei.

Ihm hatte die Photographie bisher als eine schöne Erfindung gegolten. Man setzt sich hin... Eins, zwei, drei... fertig! Dann rahmt man das Bild ein und stellt es auf die Kommode. An meinen Bildern nun schien ihm eine höhere Erkenntnis zu dämmern. Er besah sie genau und tat alsdann die Frage: „Ist Photographieren eine Kunst?“

Der alte Nestor hatte darauf geantwortet: „Kunst ist, was man nicht kann; denn wenn man's einmal kann, ist's ja Kunst mehr!“ Das sagte ich auch Freund Maier. Er versank in stilles Grübeln, nahm mich

dann zur Seite und gestand: „Ich möchte photographieren lernen. Mit deiner Hilfe natürlich!“ — „Kaufe dir ein gutes Lehrbuch“, sagte ich, „und lies es aufmerksam durch. Morgen komme ich zu dir, damit wir weiter darüber sprechen.“ —

Tags darauf fand ich ihn bereits abgrundtief im Studium versunken und aus der Theorie zur Erkenntnis vorgeschritten, daß wer photographieren wolle, vor allem eine Kamera haben müsse. Also füllte er seine Brieftasche mit den Spargroschen, die er für das Greifenalter erübrigt hatte, und zwang mich, ihn zu einem Händler zu führen, der seine Ansprüche wohl befriedigen könnte. — Am nächsten Morgen rückte er strahlend an, die erstandene Kamera in der funkelnagelneuen Tasche über die Achsel gehängt, das Stativ in der Faust wie einen Feldherrnstab. „Gut Licht!“ rief er großartig. „Gehen wir los! Ich weiß schon, was ich knipse: die Oper!“

„Die Oper?“ fragte ich entsetzt. „Mensch, wenn man photographieren lernt, fängt man bei einfachen Motiven an. Man lernt die Kamera auf- und das Bild einstellen, man muß dazu Zeit und Ruhe haben, sonst kommt ein Unsinn heraus.“

„Dapperlapapp! Ich bin doch kein kleines Kind!“ meinte er entriistet. „Du wirst mir helfen; überdies habe ich mein Lehrbuch zu mir gesteckt!“ Es zeigte sich jetzt, warum ihm der Rock hinten so verdächtig weglief. Dort steckte das Lehrbuch.

Es blieb mir also nichts anderes übrig, als mich zu fügen und mit Maier in der Richtung gegen die Oper abzumarschieren. Dort angelangt, hatte er sogleich, mitten im Trubel des Verkehrs, den geeigneten Platz gefunden, von dem aus man das Gebäude in seiner ganzen mächtigen Ausdehnung auf die Platte bringen konnte, die Kamera gezückt, geöffnet, den Balg herausgezogen.

„Maier!“ schrie ich ihm ins Ohr, da der Straßenlärm jeden Ton verdrängte. „Zuerst stellt man das Stativ auf!“

Er sah mich ungläubig an und las in seinem Lehrbuch nach. „Stimmt!... Zuerst stellt man das Stativ...“

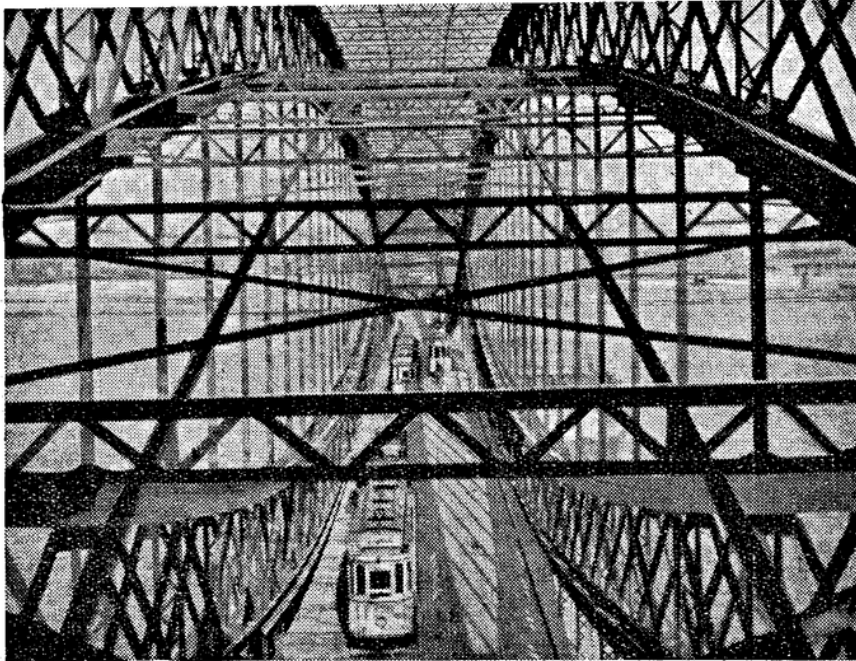
Katlos stand er da, das Stativ unterm Arm, den geöffneten Apparat in der Hand, das Lehrbuch an die Brust gepreßt, wußte nicht, wie er sich aus dieser verwickelten Lage helfen sollte.

Links und rechts schossen Automobile vorüber, Hupensignale, Sirenentöne, bellend, schnarrend, zwitschernd und prustend, Kutschergeschrei: „Oooob!“ Kreischen der Straßenbahnräder, Trampeln von Rosseshufen umbrandeten uns. Das Bewußtsein, unsfallversichert zu sein, bereitete mir hämische Freude. Zweifellosging über dem Horizont unserer Unbescholtenheit die düstere Wolke einer Amtshandlung auf, denn der Verkehrsnoten äugte scharf

nach unserem Beginnen und fühlte zwischen dem dritten und vierten Knopf seiner Uniformbluse nach dem Strafmandatblock.

Maier jedoch war belesen vom Mute der Derzweiflung und merkte es nicht. Er klemmte die Kamera zwischen die Knie und begann das Stativ ausziehen. Aber es war neu und steif in den Gelenken. Er wand sich hin und her wie ein Wurm, der zuviel Chlorophyll gefressen hat; dabei rutschte die Kamera langsam und feierlich zwischen seinen Beinen hinab.

Am Gehsteig sammelte sich ein Menschenhaufen an und beobachtete unser Beginnen mit heiterer Miene. Denn nun, da die Kamera endlich festgeschraubt war, begann der Ringkampf mit den Stativbeinen. Standen zwei richtig, verrutschte das dritte; war das dritte an seinen Platz gebracht, fuhren die beiden anderen nach verschiedenen Richtungen auseinander. So eine Hez' war schon lange nicht da. Der Menschenhaufen vergrößerte sich um



Schönheit im Stahlbau

einige prominente Ausländer aus den umliegenden Hotels. Mir begann die Sache peinlich zu werden. „Ich gehe in dieses Caféhaus dort auf einen Schwarzen!“ sagte ich, „hole mich ab, wenn du fertig bist!“ Maier nickte und werkelte weiter. Ich ging und las alle Tageszeitungen. Dann und wann, wenn der Ausblick frei war, gewährte ich Maier in unentwegtem Kampfe mit der Tücke des Objekts und wohl auch des Objektivs begriffen. Plötzlich kam ein Dienstmann durch die Drehtür des Caféhauses herein und brüllte durch das Lokal: „Der Herr, was zu dem Herrn mit dem Kamera gehört, möchte die Gefälligkeit ham

und nauskommen!“ — Wie man einen Menschen so bloßstellen kann, ist mir unbegreiflich. Schamrot und gesenkten Blickes entfernte ich mich unter der stillen, aber tödlichen Heiterkeit der Gäste, und fand Maier hinter dem endlich feststehenden Stativ verzweifelt in seine Kamera gucken.

„Ich sehe nichts!“ stöhnte er schweißend. „Es steht doch im Lehrbuch, daß man das Bild auf der Mattscheibe sehen muß!“

Natürlich konnte er nichts sehen, denn er hatte vergessen, den Verschluss zu öffnen.

Endlich war die Aufnahme gemacht. Wir zogen ab, und der Menschenhaufen zerstreute sich kopfschüttelnd. Maier jedoch hatte noch nicht genug. Er schleppte mich in den Prater, von dort nach Schönbrunn und endlich auf den Kahlenberg, bis alle zwölf Kassetten, die er mitgebracht hatte, verbraucht waren.

Matt und müde langten wir endlich in seinem trauten Heim an, wo die bessere Hälfte uns nicht eben sehr freundlich empfing.

Da Maier darauf brannte, seine Aufnahmen in das Album zu kleben, gingen wir daran, die Dunkelkammer zu bauen. Diese bestand dem Wesen nach aus dem großen Speisezimmerstisch, der mit Tüchern verdeckt und gegen die Umwelt hermetisch abgeschlossen wurde. Wir lagen darunter wie zwei Indianer im Wigwam. Die rote Lampe wurde angezündet, die Schalen wurden aufgereiht, und die Chemikalien eingegossen.

„Aufgepaßt! Jetzt geht es los! Kassette Nummer eins: Die Oper! Ssssss... das wird eine feine Aufnahme sein!“ Maier zog den Schieber auf und schaute in die Kassette hinein... nichts... leer!

„Oh, ich Esel!“ rief er, außer sich vor wildem Weh, „ich habe vergessen, Platten einzulegen. Jetzt fällt es mir ein!“

Schließlich schob er alle Schuld auf mich. Ich entfernte mich aus seiner Wohnung, nicht freiwillig, aber festen Schrittes und mit dem Voratz, nie mehr in meinem Leben als Photopädagoge zu fungieren.

A. S p e e r („Das Neue Bild“.)

Das Leben der Autos

Im Malit-Verlag, Berlin W 50, Passauer Str. 3, ist ein Werk von Hja Ehrenburg „Das Leben der Autos“ zum Preise von 3,50 Mk. erschienen. Selten wird die Wirkung der Rationalisierung und Technisierung so plastisch geschildert wie hier. Mit Erlaubnis des Verlages geben wir einige Kapitel aus dem Buche wieder.

Die Red.

I.

Lange Reihen von Arbeitern. Die einen schrauben Muttern auf, andere versplinten sie, dritte vernieten Kotflügel, vierte lackieren Felgen, fünfte schmieden Achsen. Der Mensch hebt die Hand und läßt sie wieder sinken. Für diesen kleinen Bolzen hier stehen ihm genau vierzig Sekunden zur Verfügung. Die Maschine eilt. Mit ihr läßt sich nicht reden.

Der Arbeiter weiß nicht, was ein Automobil ist. Er weiß nicht, was ein Motor ist. Er nimmt einen Bolzen und schraubt eine Mutter auf. In der erhobenen Hand seines Nebenmannes wartet bereits der Splint. Verliert er zehn Sekunden, so läuft die Maschine weiter. Er wird mit seinem Bolzen und einem Lohnabzug dazwischen. Zehn Sekunden — das ist sehr viel, und das ist sehr wenig. In zehn Sekunden kann man sich seines ganzen Lebens erinnern und doch nicht einmal zu Atem kommen. Er muß einen Bolzen nehmen und eine Mutter aufschrauben. Nach oben, nach rechts, eine halbe Drehung, nach unten. Er macht das Hunderte, Tausende von Malen. Er macht das acht Stunden hintereinander. Er macht das sein ganzes Leben lang. Er tut nur dies eine.

Durch die lange Werkstatt kriechen die Chassis. Ihr Weg wird von den Rädern gekreuzt. Die Räder drehen sich in der Luft. Die Räder eilen dem Chassis zu. Ein Mann nimmt ein Rad und steckt es auf. Ein Rad. Ein anderes — ein anderes. Seine Lebensbestimmung ist einfach und feierlich: er steckt das linke Hinterrad auf, stets das linke, stets das Hinterrad. Er ist gewohnt, sein rechtes Bein im Knie abzubiegen. Das linke ist unbeweglich. Er ist gewohnt, den Kopf nur nach rechts zu wenden. Nach links sieht er niemals. Er ist bereits kein Mensch mehr. Er ist nur noch ein Rad — das linke hintere. Das Band aber bewegt sich weiter.

Auf dem unteren Band ruhen die Chassis, auf dem oberen die Karosserien. Die Karosserie senkt sich mit qualvoller Exaktheit in die Luke. Das nennt man „Dermählung“; aber nie vermag sich ein Mensch so exakt einem anderen Menschen anzupassen. Die „Dermählung“ dauert genau anderthalb Minuten. Der Mann beugt sich vor: eine Schraubmutter, ein kleiner Bolzen. Das Band bewegt sich.

Es ist nicht aus Seide, es ist aus Eisen. Es ist nicht einmal ein Band. Es ist eine Kette. Es ist ein Wunder der Technik, es ist ein Sieg des Verstandes, es ist Wachstum der Dividenden, und es ist eine gewöhnliche eiserne Kette; durch sie sind hier 25 000 Gefangene zusammengekettet.

Pierre Chardain arbeitet in der Montageabteilung. Er befestigt die hinteren Wagenfedern. In seiner Hand befindet sich eine eiserne Lasche. Die Chassis bewegen sich. Pierre Chardain stehen eine Minute und zwölf Sekunden zur Verfügung. Er hakt die Lasche ein. Er arbeitet korrekt: hat er doch drei Kinder. Er bezieht einen Stundenlohn von 4 Franks 75 Centimes. Er möchte mehr erhalten. Er möchte ein neues Bett kaufen. Er träumt sogar von einer hellen Wohnung: seine Fenster gehen auf einen dumpfen Hof, und sein jüngstes Töchterchen, das schon vier Jahre alt ist, kann noch nicht laufen. Er träumt von vielem. Er bemüht sich, die Laschen schneller einzuhaken, er möchte zehn oder zwanzig Sekunden einsparen.

Um eine Lasche zu befestigen, genügen fünfundsünfzig Sekunden. Das steht fest. Jetzt ziehen an Pierre stündlich siebzig Chassis vorüber. Er bekommt immer noch die gleichen 4 Franks 75 Centimes. Er hat sich kein Bett gekauft. Sein Töchterchen hat immer noch nicht zu laufen begonnen. Er pflegt trübsinnig und griesgrämig nach Hause zu kommen. Er schweigt immer. Er scheint das Sprechen verlernt zu haben. Er kann nur das eine: eine Lasche befestigen. In fünfundsünfzig Sekunden. Er wird fünf Jahre früher sterben. Dafür kommt jetzt jedes Automobil sechs Centimes billiger zu stehen.

Jean Lebaque arbeitet in Suresnes. Er stellt Gelenke her. Er hat eine alte Mutter und zwei Kinder. Ebenso wie Pierre träumt er von vielem. Für hundert Gelenke zahlt man ihm vier Francs. Er vergißt das Leben. Er gerät in Rage. Er ist nicht mehr Jean Lebaque, der mit Würfeln spielte und sich über seine Kameraden lustig machte, nein, er ist eine amerikanische Maschine. Statt 120 Gelenke in der Stunde stellt er 220 her. Er wird seinen Angehörigen eine Freude bereiten! Aber nein — ein Automobil muß billig sein. Wenn Jean Lebaque die Gelenke schneller fertig-

stellt, so muß der festgesetzte Stücklohn geändert werden. Statt 4 Franks bekommt er jetzt für hundert Stück nur 2 Franks 80. Er versucht, noch schneller zu arbeiten. Zweihundertdreißig. Aber nein, er ist dennoch keine amerikanische Maschine. Er fällt entkräftet um. Der Arzt sagt, es sei Grippe. Er weiß, daß es Verzweiflung ist. So sehr er auch schuffen mag, er wird nicht mehr als festgesetzt erarbeiten können. Es ist nichts zu erhoffen. Er muß einfach eilen, eilen um der Eile willen.

Es sputen sich die Arbeiter. Es sputen sich die Ingenieure. Es spudet sich auch Herr Citroën.

In dem geräumigen Kontor klappern die Stenotypistinnen. Lucie Neuville. Nummer 318. Schneller! Blätter einlegen — 44 Sekunden. Ein Brief — 3 Minuten 19 Sekunden. Ueberlesen — 50 Sekunden. Den Durchschlag in den Kästen legen — 4 Sekunden.

Der Chronometermann eilt von Werkbank zu Werkbank. Er hat eine Stoppuhr und eine Tafel. Er zählt die Sekunden. Er sieht auf die Hand und auf den Zeiger. Er notiert. Das sind nicht Todesurteile, das sind nur verbilligte Automobile.

Es sputen sich die Ingenieure. Sie denken sich einen neuen Wagentyp aus. Steigerung der Geschwindigkeit. Mehr Komfort. Geringerer Preis. Der Motor soll möglichst wenig Brennstoff verbrauchen. Ein Ford-Wagen verbraucht auf hundert Kilometer elf Liter. Nun ja, die Amerikaner haben sowohl Benzin als auch Dollars. Ein Citroën-Wagen muß sich mit höchstens sieben begnügen. Der Käufer ist ein Snob, er verlangt sechs Zylinder. Der Käufer ist nervös, er verlangt einen geräuschlosen Motor. Der Käufer ist sparsam, er will nicht viel bezahlen. Es muß alles durchdacht werden: der Oelfilter und die Form der Klappstöße. Da ist er, der unbekannte Käufer, er steht vor dem Schaufenster des Ladens. Er betrachtet die Wagen verschiedener Marken. Der Ingenieur fährt in der Untergrundbahn nach Hause. Er besitzt kein Automobil. Aber der unbekannte Käufer ist bereits vor dem Schaufenster stehengeblieben. Der Ingenieur hat es eilig: das neue Modell muß zur nächsten Ausstellung herauskommen. In einigen Monaten wird dieses Modell veraltet sein. Die Ingenieure werden sich dann ein neues ausdenken. Sie werden nicht lebend von hier fortkommen. Das ist ja doch das Band, das laufende Band.

Herr André Citroën macht ein mürrisches Gesicht. Er hat nicht wenig Sorgen. Peugeot erweitert die Produktion. Peugeot bringt einen Wagen mit Kardanwelle heraus. Der greise Ford hat seine Fabriken von neuem eröffnet. Auch Ford hat Ingenieure. Auch die sitzen da und denken nach. Es müssen neue Absatzmärkte gefunden werden! Die Reklame muß verstärkt werden!

Herr Citroën arbeitet wie Pierre Chardain. Ob er sich noch des Lebens erinnert?

Ihm schweben die Automobile von Ford, Fiat, Peugeot, Renault vor. Millionen. Heerschaaren. Und die Erde ist so klein! Man kann so leicht um sie herumfahren!

Die Japaner fahren nicht in Automobilen. Sie lassen sich von Menschen fahren. Was für Barbaren! Ein Mensch — das sind acht Kilometer in der Stunde. Ein „Citroën“ — das sind achtzig. Wie kann man nur so langsam sein, Japaner! Ein anderer Japaner wird dich überholen! Aber die Japaner sind eigensinnig.

Ford dagegen hat es gut: bei ihm zulande besitzt jeder Arbeiter seinen Wagen. Die Arbeiter Citroëns träumen von einem Fahrrad. Nun ja, wenn Herr Citroën die Produktion auf 3000 täglich steigert, so werden seine Arbeiter vielleicht von einem Automobil zu träumen beginnen. Das wäre ja das Glück, das ihre und das seine! Folglich muß die Produktion gesteigert werden. Dazu aber muß die Nachfrage erhöht werden. Es wäre gut, für die frische Luft Reklame zu machen: Wer Sonntags nicht zur Stadt hinausfährt, verkürzt sein Leben um ein Drittel. Es wäre gut, für das Leben Reklame zu machen: man hat nur das eine, ein anderes gibt es nicht.

Unheilvoll fauchen die „Fords“ und „Peugeots“, die „Renaults“ und die „Fiats“. Sie fauchen gedämpft: sie sind doch geräuschlos. Sie sind mit einem Oelfilter versehen. Und die Erde ist so klein! In Rußland ist Revolution. Die Cinefen schlachten sich gegenseitig ab. Die Negler, die klettern einfach auf die Bäume...

Es ist allgemein bekannt, daß Herr André Citroën ein Spieler ist. Er verehrt das Bakkarat. Er hat eine Vier oder eine Fünf. Es bleibt ihm nicht anderes übrig als zuzukaufen: Wer weiß, vielleicht hat Ford eine Neun? Dieses Spiel dauert lange. Bald sprengt Herr Citroën die Bank, bald verliert er. Er verbilligt die Tarife. Er bringt neue Modelle heraus. Er riskiert alles. Nur möglichst schnell!

Die Notopfer-Generation

„Es ist eine Lust zu leben,“ sagte Ulrich von Hutten. Man kann gerade nicht behaupten, daß dieses Zitat für das gegenwärtige Zeitalter zutrifft, am allerwenigsten aber für die arbeitende Klasse, für die das Leben noch nie eine Lust, sondern eher eine Plage war. Das gilt besonders für die jetzt lebende Menschheit, die man als die Notopfergeneration bezeichnen kann. Was haben wir nicht schon alles hinter uns an Not und Elend. Und trotzdem kann man sich die Worte Schillers in „Don Carlos“ zu eigen machen: „O wer weiß, was in der Zeiten Hintergründe schlummert.“

Wir haben die Ausgeburt des Irrsinns, den Krieg, kennengelernt. Wir mußten morden und wurden gemordet. Je besser man dieses schändliche Handwerk betrieb, um so höher wurde man ausgezeichnet. Kostbares Blut floß in Strömen und löste wiederum Ströme von bitteren Tränen aus. Von mörderischen Geschossen durchbohrt, hing die Krone der Schöpfung, der Mensch, in den

Drahtverhauen von Flandern, zerlegt an Leib und Seele. Und all dies unbeschreibliche Elend mußte über uns ergehen, weil eine handvoll Menschen ihre Macht über Millionen mißbrauchte. Dann kam das Ende. Die Fürstkrone rollten, Führer flüchteten mit blauer Brille ins neutrale Ausland. Sie fürchteten den berechtigten Zorn der geküllten Masse Mensch. Doch die hatte jetzt andere Sorgen. Es galt nun wieder in geordnete Verhältnisse einer

wirklichen Zivilisation zurückzukehren. Das war nicht ganz so einfach und vollzog sich nicht reibungslos. Innere Kämpfe, bei denen wiederum kostbares Blut floß, ließ uns nicht zur Ruhe und zum wirtschaftlichen Aufbau kommen. Noch einmal verjuchten die schuldbeladenen Kreise, die uns in die Massenmehlei Krieg hineinschlittern ließen, durch den Kapp-Putsch zur Herrschaft zu gelangen. Arbeiter, Angestellte und nicht zuletzt die Beamten waren es, die diesen frivolen Versuch durch ihre Solidarität niederschlugen. Ohne Notopfer ging auch das nicht ab. Trauernd standen wir an der Bahre vieler braver Klassengenossen. Heute versucht man keinen Putsch mehr. Die Methoden der besitzenden Klasse haben sich geändert, das Ziel ist daselbe geblieben. Niederringung der aufwärtsstrebenden arbeitenden Klasse.

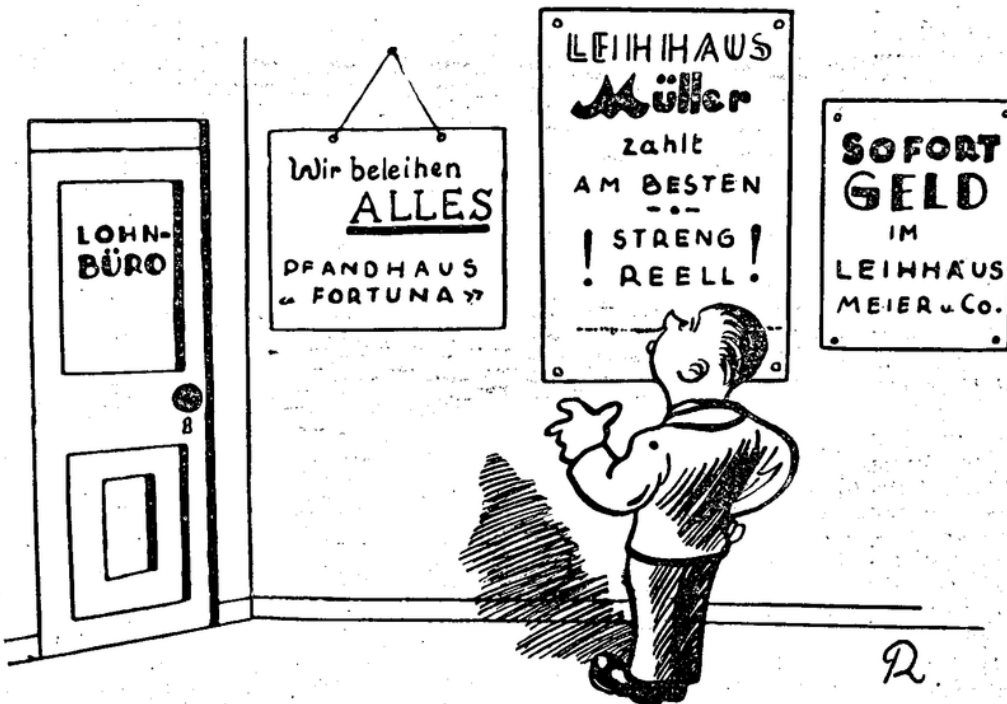
Dann raste der Wahnsinn einer Währungs-inflation durch das Land. Gewaltige Konzerne bildeten sich und bereicherten sich auf Kosten des darbenenden Volkes. Politiker, die im Geiste der Völkerverständigung arbeiteten, wurden meuchlings hingemordet, oder mit dem Gift der Verleumdung und Ehrabschneidung frühzeitig zur Strecke gebracht. Erzberger, Rathenau, Gareis, Eisner und viele andere fielen einer mörderischen Meute zum Opfer. Ebert wurde durch Verleumdungen zu Tode gekehrt.

Französischer Militarismus, der nicht besser ist als irgendein anderer, hielt das Rheinland und zeitweise das Ruhrgebiet besetzt. Die Leiden dieser Zeit sind zum größten Teil beseitigt, bis auf die Befreiung des Saargebietes. Diese Entspannung ist nicht das Werk jener Kreise, die in patriotischer Schaumschlagererei Meister sind, sondern es ist das Verdienst der Verständigungspolitik von Volk zu Volk. Die größten Sorgen der Außenpolitik haben somit

einen gewissen Abschluß gefunden. Der Streifzug durch die Ereignisse einer hinter uns liegenden Zeit, wie hier geschildert, erhebt allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir wollen nur daran erinnern, daß die arbeitende Klasse bei all dieser Not die größten Opfer gebracht hat. Notopfer über Notopfer.

Jetzt geht es um andere Probleme. Die herrschende Schicht des Privatkapitalismus konzentriert sich, um die Wirtschaftskämpfe zu einem für sie allein günstigen Abschluß zu bringen. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist auf der ganzen Linie entbrannt. Man erstrebt Lohn- und Gehaltsabbau, nennt in diesem Zusammenhang das Wort Preisabbau, ohne aber mit diesem zu beginnen. Kein Gedanke. Es kommt den Unternehmern ja nur auf Senkung des Lohnniveaus an. Man berennt die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Klasse, die sie sich mühsam und teuer genug erkämpft hat. Ganz verkehrt ist es nun gegenüber diesem reaktionären Treiben in dumpfer Resignation zu verharren. Wie

oft muß man leider von verzagten Menschen die Worte hören, „die machen ja mit uns doch was sie wollen“, oder „wir können doch nichts daran ändern“. Diesen zaghaften Gemütern sei gesagt, daß dem nicht so ist. Wir können unsere Lebenslage besser gestalten, wenn wir nur erkennen, wohin wir im Kampf zwischen Kapital und Arbeit gehören. Fünf Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte in den freien Gewerkschaften sind sich ihrer Klassenlage durchaus bewußt



Sorgt dafür, daß nach dem 14. September die Sache nicht etwa so aussieht.

und haben ihre Stellung im Kampfe mit dem Kapital bezogen. Aber wie viele Millionen Arbeitnehmer stehen noch abseits, oder haben sich in eine falsche Front eingereiht, die den ernsthaften Kampf mit dem Kapitalismus nicht will und ihm aus dem Wege geht. Unsere ganze Kraft muß daran gesetzt werden, diese sich selbst und uns allen schädigenden Klassengenossen in unsere gemeinsame, freigewerkschaftliche Front als Mitkämpfer zu gewinnen.

Millionen sind auf den Schlachtfeldern verblutet, Millionen sind gezwungen, ihre wertvolle Arbeitskraft gegen ihren Willen brach liegen zu lassen. Kümmerlich verelenden diese Massen. Die aber in der glücklichen Lage sind zu arbeiten, verdienen so wenig, daß für sie nur die Brosamen, die von dem Tische eines allgewaltigen Kapitalismus fallen, übrigbleiben. Ganz zu schweigen von den sonstigen Freuden des Lebens, die nur dieser dünnen Oberschicht, kraft ihres Geldbeutels, erreichbar sind. Das ganze nennt man kapitalistische Wirtschaftsform. Genug damit. Wir haben wahrlich der Notopfer genug gebracht. Wo bleibt der Patriotismus der Besitzenden? In den Tresors der schweizerischen und holländischen Banken. Gebt ihnen am 14. September die schon längst fällige Quittung. Reißt euch ein in die Front der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Rüttelt sie wach, die Lauen und die Resignierten. Lassen wir uns von den Worten des Dichters Goethe leiten, der da sagt:

„Der Mensch soll nicht über seine Zeit klagen, Dabei kommt nichts heraus. Die Zeit ist schlecht. Wohl an er ist da, sie besser zu machen.“

A. Pf.

Verbandstag der Metallarbeiter

Die Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes des Metallarbeiter-Verbandes gab der Organisation Veranlassung, den 19. Verbandstag für die Zeit vom 18. bis 23. August nach Berlin einzuberufen. Für die deutschen Gewerkschaften begrüßte der Kollege Leipart den Verbandstag. Diese ausländischen Organisationen hatten Vertreter entsandt, um hierdurch ihre Verbundenheit mit den deutschen Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen. In den Begrüßungsansprachen brachten die ausländischen Vertreter zum Ausdruck, daß die Erfolge der deutschen Gewerkschaften auch zu gleicher Zeit ihre Erfolge seien. Ist die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland schwach, so hat dieses auch seine Auswirkungen auf das Ausland, wie es auch umgekehrt der Fall ist. Auch das Ausland verfolgt mit großem Interesse die Wahlbewegung in Deutschland. Den Bericht des Vorstandes erstattete der 1. Vor. Brandes. Er wies auf die großen Kämpfe, die seit dem letzten Verbandstag der Deutsche Metallarbeiter-Verband zu führen hatte, hin. Auch im Reichstage haben die Gewerkschaften, gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, einen heftigen Kampf gegen den Abbau der Arbeitslosenunterstützung geführt. Es muß festgestellt werden, daß nur die SPD die Gewerkschaften in diesem Kampf unterstützt hat. Aus diesem Grunde haben auch die Gewerkschaften für diese Wahl klar und deutlich an ihre Mitglieder die Parole herausgegeben, daß jeder Gewerkschafter der SPD seine Stimme geben soll. Der Vorsitzende Brandes wies dann auf die außerordentliche Krise, unter der auch die Metallarbeiter sehr zu leiden haben, hin. Im August 1928 waren 4,6 Proz. der Mitglieder arbeitslos, im Juni 1930 waren es 19,5 Prozent, während weitere 21 Proz. Kurzarbeiter sind. Die Arbeitgeber versuchen jetzt einen Lohnabbau auf der ganzen Linie durchzuführen. Leider werden die Arbeitgeber in ihrem Vorgehen durch unsere Freunde von links unterstützt. Die KPD versucht an vielen Stellen die Gewerkschaftsbewegung zu zerpfücken und Sonderorganisationen zu bilden. Siehe Vorgehen in Berlin (Rohrleger, Former, Dreher usw.).

In der Frage der Arbeitszeit muß versucht werden, eine wesentliche Verkürzung derselben durchzusetzen. Trotz dieser schwierigen Verhältnisse, die in der Metallindustrie bestehen, ist es doch möglich gewesen, die Mitgliederzahl, die bei Stattfinden des letzten Verbandstages 881 000 betrug, auf 949 000 zu steigern. Hätten wir eine geeinte Arbeiterbewegung, wäre jetzt schon bestimmt die Zahl von 1 Million überschritten.

Redakteur Kummer schildert in seinem Bericht, wie die „Metallarbeiter-Zeitung“ in Zukunft noch besser ausgestattet werden soll.

Schott berichtet über den Neubau und die Ueberriedelung.

Schäfer weist im Kassenbericht darauf hin, daß sich die Ausgaben für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ganz wesentlich gesteigert haben. 1927 zahlte die Organisation 7 Millionen Mark, 1928 14 Millionen Mark, 1929 22 Millionen Mark und in den ersten sechs Monaten des Jahres 1930 17 Millionen Mark für diese Zwecke aus. Trotz dieser großen Ausgaben steht der Deutsche Metallarbeiter-Verband finanziell vollkommen gefestigt da, so daß er gegen alle Angriffe der Unternehmer gewappnet sei.

Schlieffert legt in einem großangelegten Referat die Wandlung in der Weltwirtschaft, mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie dar. Ueber die Internationale Gewerkschaftsbewegung sprach Reichel. Nachdem auf dem Verbandstage beschlossen wurde, daß eine Beitragserhöhung nicht in Frage kommt, wurden die Statuten nur unwesentlich geändert.

Den Kurzarbeitern soll nach den neuen Bestimmungen die Möglichkeit gegeben werden, wenn sie vier Tage in der Woche arbeiten, alle vier Wochen eine Erwerbslosenmarke zu kleben. Die

übrigen Bestimmungen für Kurzarbeiter bleiben bestehen, jedoch mit der Abänderung, daß Kurzarbeiter, die nicht mehr bezugsberechtigt sind und nur zwei Tage in der Woche arbeiten, jede Woche eine Erwerbslosenmarke kleben können.

Zwischen Vorstand und Ausschuß war ein Streit entstanden, ob der Vorstand das Recht habe, Mitgliedern eine Erklärung zur Unterschrift vorzulegen, nach der sie verpflichtet werden, ihre Arbeiten nur im gewerkschaftlichen Sinne zu erledigen und Anweisungen von anderen Stellen nicht entgegenzunehmen, und daß Kollegen, die sich weigern, eine derartige Erklärung zu unterschreiben, ausgeschlossen werden können. Der Verbandstag entscheidet, daß der Vorstand ein solches Recht haben muß, und daß diejenigen, die sich weigern, derartige Erklärungen zu unterschreiben, ausgeschlossen werden können. Es darf gesagt werden, daß auf diesem Verbandstag die Diskussion im allgemeinen sach-

fachlich geführt und alle Arbeiten sachlich erledigt werden konnten. Wir wünschen, daß die Arbeiten des Verbandstages mit dazu beitragen mögen, um die Einigkeit der Metallarbeiter und der gesamten Gewerkschaften Deutschlands noch mehr als bisher herbeizuführen, um dann noch tatkräftiger, als es jetzt schon möglich war, die Interessen der gesamten Arbeiterklasse wahrnehmen zu können. Zum Vorstandsbericht nahm der Verbandstag folgende Entschließung an:

Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage beweist erneut den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft. Der wachsende Wettbewerb zur Eroberung neuer Absatzmärkte mit dem Ziel: Erhöhung der Profitrate hat zur enormen Steigerung der Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel geführt. Für diese Gütererzeugung konnte sich ein gleich großer Wiederverbrauch nicht entwickeln. — Die Massenkaufkraft ist nicht gesteigert, sondern noch gesunken worden. Das Ergebnis des technischen Fortschritts und der mit stärksten Mitteln betriebenen Rationalisierung hat nicht zum wirtschaftlichen Aufstieg, sondern zum sozialen und wirtschaftlichen Niedergang geführt. Massenarbeitslosigkeit, Massenelend, Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen und geistige Not breitet sich über die Schichten des Volkes und die Folgen.

Der Verbandstag bestätigt erneut, daß der technische Fortschritt für den kulturellen Aufstieg des gesamten Volkes notwendig ist. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung erweist sich jedoch immer unfähiger, Herstellung und Verteilung der Güter in einer dem Wohle der Gesamtheit dienenden Weise zu regeln. In ihr werden die technischen Fortschritte nicht zu einem Mittel des Wohlstandes, sondern des Notstandes der Massen.

Nur die sozialistische Wirtschaft kann eine Aenderung herbeiführen. Bis zur Erreichung dieses Ziels ist Herabsetzung der Arbeitszeit entsprechend dem jeweiligen Produktionsstand unbedingt notwendig, Steigerung der Kaufkraft muß erreicht werden. Der Verbandstag stellt fest, daß die Schlichtungsorgane diesen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in keiner Weise Rechnung getragen haben. Im Gegenteil, das Unternehmertum ist in seinem von sozialer und wirtschaftlicher Uebernunft getragenen Widerstand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und in seine brutalen Lohnabbaumaßnahmen unterstützt worden. Der Verbandstag verurteilt diese einseitige Haltung auf das Schärfste.

Der Verbandsvorstand hat die Aufgabe, diese Uebernunft zu brechen. Den Opfern einer überlebten Wirtschaftsweise, den Arbeitslosen, muß in ausreichendem Maße geholfen, der soziale Abbau muß rückgängig gemacht, die sozialen Errungenschaften müssen gesichert und ausgebaut werden.

Der Verbandstag stellt sich einmütig hinter die Beschlüsse des ADBB und des Internationalen Gewerkschaftskongresses.

Zur Erreichung der Forderungen ist höchste Solidarität und Disziplin der Metallarbeiter dringendstes Erfordernis. Wer gegen diese selbstverständliche proletarische Pflicht verstößt, vergeht sich in schlimmster Weise an den Interessen des arbeitenden Volkes.

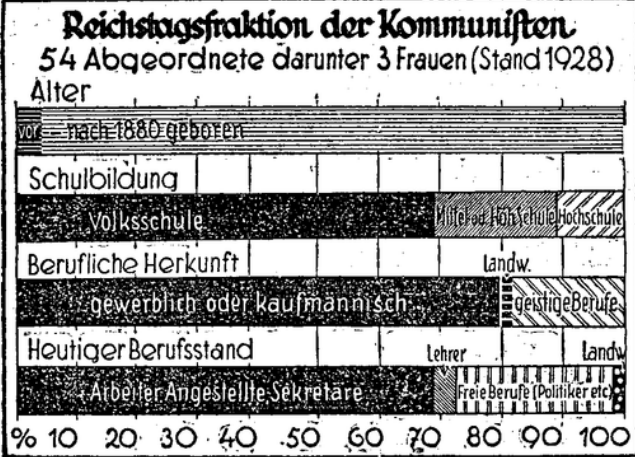
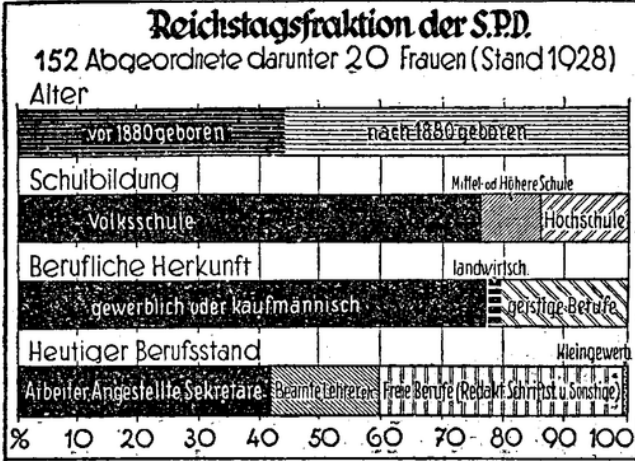
Ungeachtet des ungeheuren Ernstes dieser Zeit, in der der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit immer schärfer wird, ruft der Verbandstag die Metallarbeiter auf zur höchsten Geschlossenheit und Kampfbereitschaft.



Neues Verbandshaus der Metallarbeiter in Berlin

Aus Politik und Volkswirtschaft

Die Reichstagsfraktionen der Kommunisten und Sozialdemokraten. Die beiden ausgesprochenen Arbeiterparteien des deutschen Reichstages haben auch zum größten Teil Abgeordnete, die ehemals Arbeiter waren. Während sonst die Abgeordneten meistens höhere Schulbildung haben, besitzen bei der Sozialdemokratie nur zwei Sehtel eine höhere Schulbildung. Die anderen haben lediglich die Volksschule besucht und stammen auch von Eltern ab, die



Die Angaben der Kommunisten über den derzeitigen Berufsstand der Abgeordneten scheinen nicht ausreichend differenziert zu sein

gewerblich oder kaufmännisch tätig waren. Der heutige Berufsstand der sozialdemokratischen Abgeordneten ist fast zur Hälfte der Arbeiterberuf, wenn man die Arbeitersekretäre, die ja alle aus dem Arbeiterberuf hervorgegangen sind, noch zu ihren ursprünglichen Berufsgruppen zählt. — Die kommunistischen Abgeordneten sind die jüngsten des ganzen Parlaments gewesen, zwei Abgeordnete waren noch nicht einmal 30 Jahre alt und 30 Abgeordnete von insgesamt 45 waren jünger als 40 Jahre. Bei der Sozialdemokratie überwiegen mit zwei Dritteln die Abgeordneten im Alter von 40 bis 60 Jahren. Die Angaben des heutigen Berufsstandes der kommunistischen Abgeordneten sind sehr ungenau und waren deshalb schwer dem von uns durchgeführten Schema einzugliedern.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der Lebenshaltungsindex betrug im August 148,8 gegenüber 149,3 im Juli.

Justizminister am Zehnhoft, der vom März 1919 bis Anfang 1927 das preussische Justizministerium leitete, starb am 27. August. Am Zehnhoft ist der Schöpfer des heutigen Systems der bedingten Strafsanktion.

In dem Gehaltsabbauskonflikt in der Berliner Metallindustrie wurde in der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht am 28. August den Industriellen offener Lärmschrei und unsoziales Verhalten attestiert. Die Gehaltskürzung wurde für unzulässig erklärt und moralisch damit auch der Reichsarbeitsminister Stegerwald verurteilt.

In Bolivien, Peru, Argentinien und neuerdings in Brasilien sind Umsturzbewegungen im Gange.

Ein internationales Vergabkommen will die englische Regierung vorbereiten. Das englische Arbeitsministerium hat deutsche Vertreter zu einer Konferenz gebeten, um die Frage der Arbeitszeit vorweg zu regeln.

Für die Frauen

Ein Mahnwort an die Frauen zur Reichstagswahl

„Der Reichstag ist aufgelöst!“ „Am 14. September findet die Neuwahl des Reichstages statt!“ Diese lesen es und fassen den festen Vorsatz, den an sie ergehenden Mahnruf der Parteien nicht unbeachtet zu lassen. Sie wissen, daß es wieder einmal gilt und es bei der zu treffenden Entscheidung auf jede Stimme ankommt, ob eine dem Volke freundliche, von sozialem Geist erfüllte oder ihm feindliche, lediglich die Besitzinteressen vertretende reaktionäre Reichstagsmehrheit den Sieg davon trägt.

Andere gehen an diesen Aufrufen zur Wahl achtlos oder achselzuckend vorüber. Sie können die mit jeder Reichstagswahl verbundene Aufregung nicht verstehen. Was soll das alles? Ihnen ist es gleichgültig, welche Partei obsiegt, denn schließlich bleibt nach Ansicht dieser Gleichgültigen ja doch alles, wie es war. Die Bestätigung hierfür finden sie darin, daß sie es ja schon mit dem Wählen probiert: einmal rot, das andere Mal schwarz, wieder ein anderes Mal national, ohne das es sich nur das Geringste änderte.

Von denen, die fälschlich so denken, gibt es nicht wenige. Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1928 haben sich von rund 40 Millionen Wähler nur etwa 70 Proz. an der Stimmabgabe beteiligt. Ueber 10 Millionen Wähler, darunter sehr viele Frauen, haben sich abseits gestellt und sind trotz aller an sie ergehenden Aufforderungen zur Wahlbeteiligung, ohne von ihrem wichtigsten staatsbürgerlichen Recht Gebrauch zu machen, daheimgeblieben. Der Reichstag wurde zwar auch so gewählt. Aber er erfüllte eine Zusammenfassung, die dem Willen und den Interessen des arbeitenden Volkes keineswegs entsprach. Immer kamen bei diesen Wahlen bürgerliche Mehrheiten zustande, blieb die Sozialdemokratie als Partei des arbeitenden Volkes in der Minderheit und hatte sie es ungeheuer schwer, dessen Wünsche und Bedürfnisse auch nur einigermaßen zur Anerkennung zu bringen.

Was wäre möglich gewesen, wenn die Massen der Nichtwähler, vor allem die proletarischen Frauen, in Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Rechte sich an der Wahl beteiligt und der Sozialdemokratie zur Mehrheit verholfen hätten! Statt dessen haben sie kläglich versagt und einen Reichstag zustande kommen lassen, der zu jeder fruchtbringenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Arbeit unfähig war. Sie haben der Brüning-Regierung zum Leben verholfen, die das arbeitende Volk in ungerechter Weise belastet und die sozialen Errungenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten verschlechterte. Zwar ist es nicht die Schuld der nichtwählenden Frauen allein, daß eine derartige Entwicklung vor sich gehen konnte. Mitbeteiligt an dieser Schuld ist auch ein großer Teil der wählenden Frauen, die, in Verkennung des volksfeindlichen Charakters der bürgerlichen Parteien, diese bei der Wahl durch ihre Stimmen unterstützten. Das geht mit aller Deutlichkeit aus den Abstimmungsergebnissen in den Orten hervor, wo über die Beteiligung von Frauen an den Wahlen besondere Erhebungen angestellt wurden. Diese ergeben, daß von den auf die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen an Frauenstimmen durchschnittlich entfielen:

	Proz.		Proz.
Zentrum	61,9	Demokratische Volkspartei	51,2
Deutschnationale	59,5	Sozialdemokratie	46,8
Deutsche Volkspartei	53,9	Kommunisten	40,7

Hieraus zeigt sich also, daß die bürgerlichen — und zwar gerade die reaktionärsten Parteien eine wesentlich stärkere Unterstützung der Frauen fanden, als die Sozialdemokratie. Das ist um so auffällender, als die Frauen doch allein der Sozialdemokratie ihre politische Gleichberechtigung mit dem Mann zu danken haben, die das Frauenwahlrecht trotz der von allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzten Hindernisse durchsetzten. Ohne die Sozialdemokratie würden die Frauen noch heute politisch rechtlos sein. — Was das bedeutet, darüber sind sich leider zu viele Frauen nicht im klaren. Sie beachten nicht, einen wie wichtigen Faktor sie in Staat und Wirtschaft darstellen. Nach der letzten Volks- und Berufszählung von 1925 wurden bei einer Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches von 62,5 Millionen 30,1 Millionen männliche und 32,3 Millionen weibliche Personen festgestellt. Auf den weiblichen Bevölkerungsteil entfielen 11,4 Millionen erwerbstätige Frauen, darunter Arbeiterinnen 3,5, Angestellte und Beamtinnen 1,4 und Hausangestellte 1,3 Millionen. Verheiratet waren 12,7, verwitwet 2,8 Millionen Frauen. Die Frau spielt also im Staats- und Wirtschaftsleben, sowohl ihrer Zahl als auch ihrer Tätigkeit nach, eine außerordentlich bedeutsame Rolle.

Als Staatsbürgerin ist sie dem Mann an Zahl wesentlich überlegen. Sie kann daher, wenn sie will, das Staats- und politische Leben maßgebend beeinflussen. Auf Grund der erwerbstätigen Stellung, in die infolge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung immer mehr Frauen hineingezogen werden, hat die Frau an der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, des Arbeits- und Tarifrechts, der Ausgestaltung des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung das gleiche, ja sogar noch ein höheres Interesse wie der Mann. Kommen doch diese Gebiete für sie nicht nur als Arbeiterin und Angestellte, sondern auch als Hausfrau und Mutter ihrer Kinder in Betracht.

Hinzu kommt die Stellung der Frau im Haushalt, durch deren Hände der Verdienst des Mannes geht, um die täglichen Bedürfnisse der Familie zu befriedigen. Nicht weniger als 80 Prozent aller Käufe werden durch Frauen ausgeführt. Sie ist die Sachwalterin der Familie, von deren Verständnis, Sparsamkeit und Umsicht zum erheblichen Teil deren Glück und Bestand abhängig ist. Wie sie das bei dem oft schmalen Verdienst des Mannes fertigbringt, danach wird in den seltensten Fällen gefragt. In nur zu vielen Fällen wird damit der Frau eine Aufgabe gestellt, die sie nur schwer erfüllen kann. Niedriges Lohnneinkommen des Mannes, übersteigerte Preise des unentbehrlichen Lebensbedarfs usw. machen oft alle Rechenkunststücke der Frau zuschanden. Hier tritt der Frau auf Schritt und Tritt die Widersinnigkeit unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung entgegen. Sie sieht die lockenden Auslagen in den Schaufenstern der Geschäfte, sieht die Ueberfülle von Waren, von denen ein, ach, so kleiner Teil genügen würde, ihre Lieben und sie selbst mit allem Notwendigen zu versorgen; kann aber nicht kaufen, weil der Verdienst des Mannes es nicht zuläßt. Auf der Frau lastet die Steigerung der Preise, die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit des Mannes, Krankheit in der Familie mit besonderer Härte. Und dennoch darf sie den Mut nicht verlieren, denn es muß nicht so sein und bleiben! Gleich dem Mann kann auch die Frau daran mitarbeiten, daß es anders und besser werde. Das kann aber nur geschehen, wenn die Frau, als Lebensgefährtin des Mannes, mit ihm nicht nur Freud und Leid teilt, sondern auch mit ihm um ein besseres Dasein kämpft. Auch die letzte Frau muß als Arbeiterin, Ehegattin und Mutter ihrer Kinder begreifen lernen, daß sie diesen widrigen Verhältnissen nicht machtlos gegenübersteht. Daß sie vielmehr infolge ihrer politischen Rechte imstande ist, mit an ihrer Beseitigung zu arbeiten. Das kann sie bei den politischen Wahlen durch die Abgabe ihres Stimmzettels für die Sozialdemokratie tun. Nur wenn die Frauen sich ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht bewußt sind, wird auch das Los der arbeitenden Menschheit ein besseres werden!

M.

Unsere Jugend

Das modernste Jugendgefängnis Deutschlands

Am 13. Juli d. J. hatte ich Gelegenheit mit der sozialen Gerichtshilfe das Jugendgefängnis in Wittlich a. d. Mosel zu besichtigen. Ein Jugendgefängnis, mag es noch so modern ausgebaut sein, mögen die Wärter ein noch so großes Verständnis für die Gefangenen ausbringen, es kann sich kein Mensch vorstellen, was es heißt, der Freiheit beraubt zu sein. Wir wurden von dem Inspektor begrüßt, der uns die Gartenanlagen des Gefängnisses zeigte, die von den Gefangenen bearbeitet werden. Hierauf hielt der Direktor des Gefängnisses einen Vortrag, wobei er zum Ausdruck brachte, daß die meisten Gefangenen, wenn sie in ihre Zellen überführt werden, ihre Tat bereuen. Einem Direktor, der es versteht, auf diese Menschen einzuwirken, werden sie dann alles gestehen. Man kann nicht in jedem Gefangenen einen Verbrecher erster Klasse sehen. Notwendig ist es, einen jeden Fall gründlich zu untersuchen; nur dann ist es möglich, objektiv zu urteilen, um nicht einen Menschen noch tiefer ins Elend hinabsinken zu lassen. Wir können überzeugt sein, daß bei vielen Gefangenen die Not das Motiv der Tat ist. Es wäre angebracht, daß nicht jedermann in jedem Gefangenen einen unverbesserlichen Dieb sieht, mit dem er jede Verbindung abbricht. Damit wird bestimmt nicht der Sache gebient. Das moralische Empfinden der Gefangenen ist oft weit ausgeprägter als bei anderen Menschen. Es ist gewöhnlich der Schuß vor Rückfall. Der Direktor hielt es für angebracht, zu zeigen, wie man am besten auf diese Menschen einwirken kann. Die Klasseneinteilung in dieser Anstalt ist folgende: Jeder Gefangene, der in das Gefängnis kommt, muß mit der ersten Klasse anfangen. Führt er sich gut, so besteht die Möglichkeit, daß er nach einiger Zeit in die zweite bzw. dritte Klasse befördert wird. Die meisten Gefangenen werden bestrebt sein, so schnell wie möglich befördert zu werden und alles erfüllen, was von ihnen verlangt wird. In Zelle I ist die Wand weiß gestrichen; Zelle II ist

rot, Zelle III blau. Kommt ein Gefangener in die dritte Klasse, so besteht die Möglichkeit, nicht mehr unter Kontrolle zu stehen. Es mag für viele ein Ansporn zu guter Führung sein. Wenn man sich mit der Gefangenenfrage näher beschäftigt, wird man zu dem Entschluß kommen, daß es notwendig ist, den Gefangenen in ihrem späteren Fortkommen zu helfen. Dafür müssen wir gemeinsam eintreten.

Adolf Fuld.

Aus unserer Bewegung

Stuttgart. In der Delegierten-Generalversammlung für das zweite Quartal gab Kollege Engelhardt den Geschäftsbericht. Dabei befaßte er sich eingehend mit der Wirtschaftslage und deren Auswirkung auf lohn- und sozialpolitischem Gebiet. Die derzeitige Wirtschaftskrise ist weitgehend absichtlich von der Hochfinanz und dem Industriekapital herbeigeführt und dient dem Ziel, die Gewerkschaften zu schwächen und zu zerschlagen, um dann unbehindert in den Betrieben diktieren und befehlen zu können. Die Herren Unternehmer wollen wieder uneingeschränkt „herr im Hause“ sein. Tempo und Ausmaß der technischen Deroollkommnung in Verbindung mit der fehlenden Kaufkraft der breiten Massen vermehrt das Heer der Arbeitslosen in gefährlichem Ausmaß. Verminderung bzw. Unterbindung von Ueberstunden muß der Herabsetzung der Arbeitszeit und Entlassungen vorangehen. Im ersten Halbjahr 1930 haben insgesamt 411 Versammlungen und 198 Sitzungen und Bepflegungen stattgefunden. Bei den Betriebsrätewahlen konnten im Organisationsgebiet des Gesamt-Verbandes in 124 Betrieben mit einer Gesamtbelegschaft von 15 024 insgesamt 435 freigewerkschaftliche Betriebsvertretungsmitglieder gewählt werden. 375 oder 85 Proz. sind Mitglieder des Gesamt-Verbandes. Streitfälle aus dem Arbeitsrecht wurden im ersten Halbjahr 1930 108 behandelt, von denen 13 Fälle noch in Behandlung stehen. Ergebnis: Zurücknahme von Kündigungen 8, Zurücknahme von Führerscheinentziehungen 5, Bezahlung des Tariflohns 12, Aushändigung von Zeugnis und Arbeitspapieren 6, durch Vergleiche und Urteile insgesamt 6766 Mk. Abgewiesen wurden 7 Einprüchsklagen betr. Entlassung und 12 Fälle wurden wegen Gegenklagen und Schadenersatzforderungen zurückgezogen. Ungezählt sind die vielen Streitfälle, die durch gemeinsame Einwirkung der Betriebsvertretung und Organisation im Interesse der Kollegenschaft geregelt werden konnten. Die Mitgliedschaft hat sich gegenüber dem ersten Quartal wiederum etwas gesteigert und beträgt am Ende des ersten Halbjahres 10 301 Mitglieder.

RUNDSCHAU

Arbeitsdienstpflicht! Bürgerliche Kreise, die für ihren Lebensunterhalt nicht zu sorgen brauchen und daher von Langeweile geplagt sind, haben eine „Gesellschaft für Arbeitsdienstpflicht“ gegründet. In dem Programm der Gesellschaft, in der Professoren, Unternehmer und bürgerliche Politiker sich zusammenschließen und wahrscheinlich in einem feudalen Weinrestaurant ihre erste anstrengende Sitzung abgehalten haben, heißt es, daß die Jugend zur Arbeitsamkeit erzogen werden müsse, nur so könne Deutschland einer besseren Zukunft entgegensehen. Man sieht, die Leute haben keine Ahnung, wie es in der Welt und in Deutschland besonders aussieht. Mitte Juli waren 450 000 Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren bei der Erwerbslosensfürsorge Hauptunterstützungsempfänger. Mindestens noch einmal soviel sind längst ausgefeuernt, bekommen keine Unterstützung mehr, haben immer noch keine Arbeit. Und da durch die verkehrte Wirtschaftspolitik der Bürgerblockregierung die Arbeitslosigkeit immer größer wird, besteht auch keine Aussicht, Arbeit zu bekommen. Der deutsche Spießbürger hat sich in der Welt schon lächerlich gemacht, nicht nur durch seine ewige Vereinsmeierei, sondern mehr noch durch seine weltfremden Ansichten. Der Widersinn in höchster Potenz, Arbeitsdienstpflicht zu verlangen, wenn keine Arbeit da ist. Ja, die Gesellschaft bildet sich sogar ein, die Arbeitslosigkeit verschwindet, wenn die Arbeitsdienstpflicht eingeführt wird. Jeder Jugendliche soll in dem Alter von 14 bis 25 Jahren ein Jahr Arbeitsdienstpflicht leisten, für 40 Pf. pro Tag. Ausfuhrer bei dieser Armee sind ehemalige Reichswehrsoldaten. Inhaber von Zivilversorgungsscheinen, also Feldwebel und Unteroffiziere des ehemaligen kaiserlichen Militärs und die studierte Jugend. Die Arbeiterjugend sind diejenigen, die man kommandiert. Kann man kein Militär in gewünschtem Umfang mehr halten, will man sich wenigstens etwas Ähnliches schaffen, denn die Militärspielerei liegt dem deutschen Bürgertum so im Blut, daß es darauf nicht verzichten mag. Um so deutlicher muß die Arbeiterchaft reden. Sie verlangt Arbeit, aber sie lehnt diesen Ersahmilitarismus ab, der doch ausschließlich nur aus dem Grunde geschaffen werden soll, um den arbeitslosen Bourgeoisöhnchen eine Stellung zu verschaffen. Die jungen Leute haben studiert, fühlen sich zum Arbeiter zu gut und wissen jetzt nicht, wo unterkommen. Da soll jetzt die Arbeitsdienstpflicht eingeführt werden.

E. U.